

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Peltzelle oder deren Raum 80 Pfg., Verlags- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtsige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Montag, den 8. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Unser Ausfuhrhandel.

Von R. Schmidt, Reichswirtschaftsminister.

Als zu Beginn des Jahres unsere Industrie unter den fortgesetzten Störungen, die die politischen Unruhen und Streiks hervorriefen, schwer darniederlag und es nahezu fraglich erschien, ob es uns überhaupt gelingen würde, die Produktion so zu heben, daß wir wieder auf dem Weltmarkt mit einer Ausfuhr erscheinen würden, wurde allgemein die Förderung der Ausfuhr gefordert.

Vor allem waren sich Industrie und Handel darüber einig, daß alle Hemmungen in der Ausfuhr, soweit sie nicht unbedingt notwendig für die Deckung des Bedarfs im Inlande waren, beseitigt werden müßten. Ob die Kontrolle der Ausfuhr bewirkt würde durch irgend eine bürokratische Verwaltungsorganisation oder eine Organisation, die von den Interessenten selbst geführt und geleitet wird, erschien nicht entscheidend für die Frage einer freien Betätigung des Handels und Verkehrs. Man behauptete, daß der Handel in der Lage sei, alle die Kredite zu erschließen, um unsere Einfuhr weit über das Maß hinaus zu bringen, das bisher durch die Vermittlung der Reichsstellen und der Regierung möglich war. Gebt uns den Handel frei, wir werden dann die Versorgung Deutschlands übernehmen! Das war ein viel gehörter Ausspruch, der in allen Variationen nahezu in der gesamten bürgerlichen Presse zu finden war.

Was ist aus den Versprechungen geworden? Zwar sind nicht unerhebliche Kredite durch Private nutzbar gemacht, aber es besteht heute kein Zweifel, daß sie nicht ausreichen, um das zu erfüllen, was man versprochen. Deshalb konnte auch der Abbau der Zwangswirtschaft nicht so schnell erfolgen, wie es bei einem Gelingen der Flüssigmachung des privaten Kredites möglich gewesen wäre.

In der Beurteilung der Freiheit der Ausfuhr ist so ziemlich in der gesamten bürgerlichen Presse ein Umschwung eingetreten, und heute redet man mehr von einem Zwang als von einer Freiheit des Ausfuhrhandels. Man begibt sich dabei von dem einen Extrem in das andere und vergißt, daß eine Freiheit der Ausfuhr und der Einfuhr gegenwärtig überhaupt nicht besteht. Zur Klarheit der Beurteilung sei in Kürze festgesetzt, daß nur für eine geringe Anzahl Rohstoffe der Industrie eine Freiheit der Einfuhr bestand, für einen Teil der Rohstoffe Kontingente festgelegt wurden, also eine beschränkte Einfuhr bestand, und im allgemeinen Luxusgegenstände und Fertigfabrikate von der Einfuhr ausgeschlossen wurden. Nur bei den letzteren ist von Fall zu Fall, um einen dringenden Bedarf zu befriedigen, eine Ausnahme gemacht. Bei der Ausfuhr ist grundsätzlich so verfahren, daß Verbrauchsgegenstände, die dringend im Inlande benötigt wurden, für die Ausfuhr nicht freigegeben wurden. Für Lebensmittel bestand ein striktes Verbot der Ausfuhr. Die Strafen für die Übertretung dieser Vorschriften sind in letzter Zeit erheblich verschärft worden. Wenn diese hier kurz dargelegten Grundsätze streng durchgeführt würden, so wäre den volkswirtschaftlichen Anforderungen vollstän dige Genüge getan.

Leider steht die Durchführung dieser Anordnungen in Frage, denn wir haben keine Zollverwaltung, die ihre Befugnisse auf die Kontrolle der exportierten Ein- und Ausfuhr ausdehnen könnte. So lange dieser Zustand besteht, haben alle Verfügungen und Anweisungen keinen Zweck oder sind doch in der Wirkung dürftig. Es nützt nichts, die Ausfuhr einer Ware zu verbieten und die Einfuhr von Luxusgegenständen zu unterlagen, wenn an der Westgrenze die Zollbehörde kein Recht hat, für die Waren, die in das besetzte Gebiet einströmen, eine Kontrolle in der hier bezeichneten Art auszuführen. Es ist kein Geheimnis, daß von dort aus ein regelrechter Verkehr in das Inland sich vollzieht. Das Reichswirtschaftsministerium wird durch eine besondere Verordnung verfügen, den Verkehr zu unterbinden. Und zwar sollen alle in das Inland unerlaubt eingeführten Waren restlos beschlagnahmt werden. Die Beschlagnahme wird sich auch auf die Detailgeschäfte ausdehnen. Auf diese Art wird dem unerlaubten Verkehr ein erhebliches Hindernis bereitet, ob man damit einen vollen Erfolg erzielen wird, muß abgewartet werden.

Während noch vor einigen Monaten in der Nationalversammlung von den Rednern aller bürgerlichen Parteien und auch in der ihnen nahestehenden Presse der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß die Preiskontrolle bei der Ausfuhr der Waren eine ganz unnötige Belastung des Handels sei, denn der Handel würde schon die bei dem ungünstigen Valutastand günstige Situation vollständig ausnützen, wird jetzt doch von vielen Seiten diese Preiskontrolle bei der Ausfuhr von Waren von einer hiermit beauftragten Organisation wieder als notwendig erachtet. Kehrt man jetzt zur schärferen Preiskontrolle zurück, wie es im Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt ist, so wird es nicht an Angriffen fehlen, die eine Änderung des Systems in dieser Richtung zur Preiskontrolle erkennen wollen. Die Anwendung eines bestimmten Systems unter den gegenwärtigen schwankenden Verhältnissen ist nicht möglich. Die Maßnahmen müssen sich

den veränderten Verhältnissen anpassen. Niemand konnte voraussehen, daß ein so starker Rückgang in unserer Valuta eintreten würde und daraufhin seine Dispositionen treffen. Denn zu dieser Preiskontrolle drängt uns nur die große Entwertung unserer Zahlungsmittel, da anscheinend die Preisfestsetzungen für Waren nach dem Auslande zu niedrig erfolgt. Wir schädigen uns selbst, wenn wir nicht die Preise vom Auslande nehmen, die wir erlangen können, und rufen im Auslande gegen uns eine Mißstimmung wach, weil wir durch Unterbietung der Preise eine unangenehme Konkurrenz betätigen. Uebrigens besteht seit langem für einige Industrien die Preiskontrolle. Die chemische Industrie, die Kleinisenindustrie, der Kohlen- und Kalibergbau kontrolliert die Ausfuhr. Dabei wird es sich empfehlen, die überragenden Hoffnungen, die an eine solche Preiskontrolle geknüpft werden, sehr einzuschränken. Eine Organisation, die eine monatliche Ausfuhr von ungefähr einer Milliarde Mark kontrollieren soll, läßt sich weder mit großer Schnelligkeit herbeiführen, noch darf man mit Sicherheit erwarten, daß eine solche Einrichtung restlos die gegenwärtigen Uebelstände beseitigt. Die Preiskontrolle kann für einige Industrien mit ihren tausenden von Warenartikeln nur eine oberflächliche sein, wenn sie nicht in unserem Handel und Verkehr neue Störungen hervorrufen will. So einfach wie in der Theorie die Sache sich gestaltet, in der Praxis türmen sich viele Hindernisse auf.

Eine der oft wiederholten Klagen ist die, daß Ausländer hier im Lande zu Inlandspreisen Waren aufkaufen, um sie dann zu einem unerwartet niedrigen Preis im Auslande zu verkaufen zu können. Wie soll nun dieser Ausländer von der Außenhandelsstelle, die die Kontrolle über die Preisprüfung hat, gefast werden? Man wird von ihm einen Nachweis fordern, zu welchem Preise er die Ware eingekauft hat. In vielen Fällen wird es ihm nicht schwer sein, diesen Nachweis so zu führen, daß der angeblich gezahlte Preis den Anforderungen der Außenhandelsstelle entspricht. Wenn er aber tatsächlich zu billig eingekauft hat und ehrlich diesen Nachweis führt, so wird ihm die Außenhandelsstelle die Ausfuhr der zu billig eingekauften Ware unterlagen. Vielleicht übergibt er die Ware nun einem anderen Kaufmann zu dem nötigen höheren Preis, der nunmehr die Ausfuhrerlaubnis erlangt. Wird es der Außenhandelsstelle möglich sein, alle diese Manipulationen, die sofort einzusehen, zu unterbinden? Man könnte vielleicht den Einwand erheben, es sollte der Ausländer überhaupt keine Waren zur Ausfuhr hier aufkaufen und ihm die Genehmigung zur Ausfuhr verweigert werden. Eine solche Anordnung würde dem klaren Wortlaute des Friedensvertrages widersprechen, wonach Ausländer den Inländern im Handelsverkehr gleichgestellt werden müssen. Für den überseeischen Handel werden natürlich auf neue die Erschwerungen in die Erscheinung treten, die bisher schon Gegenstand lebhafter Klagen waren. Das große Exporthaus, das viele Warenarten zu exportieren hat, muß, um die Ausfuhrerlaubnis zu erlangen, bei der von jeder Fachgruppe errichteten Außenhandelsstelle um Genehmigung nachsuchen, und wenn sich da auch alles in bester Ordnung vollzieht, so sind die Hindernisse, die hier bei der schnellen Abwicklung des Verkehrs entgegenstehen, sicherlich nicht ohne Bedeutung.

Berwickelt wird die Frage der Preisprüfung auch dadurch, daß der Valutastand, der ja bestimmend ist, für die Preishöhe beim Verkauf in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist. Wir können nach dem Westen und den nordischen europäischen Staaten eine ungefähr gleichmäßige Preisliste aufstellen; erheblich anders gestaltet sich die Sache, sobald wir unseren Verkehr mit den Oststaaten wieder aufnehmen. Hier erscheint es schon fraglich, ob wir mit diesen hohen Preisen, wie sie gegenwärtig die Weststaaten ertragen können, nach dem Osten unsere Handelsbeziehungen wieder aufnehmen können. Ein Differenzieren der Preise würde aber nur dazu führen, daß die Waren über diejenigen Grenzen hinausgehen, für die die niedrigsten Preise festgesetzt werden, es wäre eine Wiederholung dessen, was die Einführung des Goldzollens zu Wege gebracht hat.

Die günstige Lage der Industrien, die erheblich am Export beteiligt sind, hat den Anspruch laut werden lassen, daß die Konjunkturgewinne, die bei der Ausfuhr erzielt werden, zu einem Teil in Form eines Auslandszollens für die Staatskasse in Anspruch genommen werden sollen. Der niedrige Stand der Valuta wirkt besonders den Unternehmungen, die ihre Rohstoffe auf dem heimischen Markte finden, einen sehr erheblichen Konjunkturgewinn in den Schoß. Es wäre deshalb nicht mehr als billig, wenn diese hohen Gewinne nicht von Handel und Industrie allein beansprucht werden. Nur muß man sich darüber klar sein, daß der Ausfuhrzoll, der für einige Industrien sehr hoch sein könnte, nicht die Frage ist, wie die Preise die angemessene Höhe erreichen. Hier wird doch nur eine gute Preiskontrolle den Erfolg zeitigen können. Es ergibt sich aus den dargelegten Bedenken gegen alle die Vorschläge, die zur Lösung der gegenwärtig schwierigen Aufgabe gemacht werden, daß es ein Mittel, das restlos die

Uebelstände beseitigt, nicht gibt. Es kann sich nur um eine Milderung der Schäden handeln. Alle Erfahrungen, die wir während der letzten fünf Jahre gemacht haben, lassen auch deutlich erkennen, daß nicht in jedem Falle das Wirtschaftsgetriebe durch irgendwelche Anordnung in die Bahnen geleitet wird, die uns nützlich und gut erscheinen. Die Kräfte sind stärker und entwinden sich der Leitung. Besonders gilt dies für eine Zeit, wo es an einer strengen Ordnung fehlt, die die Voraussetzung für die Reglementierung wäre. Auch für eine von der Industrie und dem Handel selbst geführte Organisation trifft dies zu. Der „Große Ausverkauf“ über den in den letzten Wochen sehr viel berichtet wird, ist nur unangenehm durch den billigen Verkauf, aber fast möchte man annehmen, daß heute sehr viele Leute sich einmal entbedt haben, daß wir zuviel ausführen. Unsere Ausfuhr kann gar nicht groß genug werden, sie ist die einzige Rettung. Und wenn selbst heute in allen Geschäften Luxusgegenstände oder andere Verbrauchsartikel, die nicht ein notwendiges Bedürfnis decken, vollständig aufgeskauft werden und nach dem Auslande gehen, so ist das kein Unglück, denn wir werden uns daran gewöhnen müssen, für die kommende Zeit unsere Ansprüche herabzusetzen. Wir müssen arbeiten und werden unsere Waren nach dem Auslande ausführen, um leben zu können, denn nur so können wir unsere Schulden bezahlen im Auslande und die notwendigen Lebensmittel hereinbringen. Natürlich wollen wir unseren Gläubigern nicht mehr zahlen, als notwendig ist, und deshalb werden wir versuchen, die Werte, die wir zu vergeben haben, so unseren Gläubigern in Anrechnung zu bringen, daß wir dabei keinen Schaden erleiden und unser Renomme nicht gefährdet wird durch den Vorwurf, wir bringen zu Schleuderpreisen die Ware auf dem Weltmarkt.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 6. Dezember.

123. Sitzung

Am Ministertisch Reichsminister Bauer, Erzberger.
Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Präsident Behrens nach darauf hin, daß heute vor 25 Jahren die erste Sitzung des Reichstages in diesem Saale abgehalten wurde, und knüpft daran die Hoffnung, daß der 50. Erinnerungstag unter glücklicheren Zeiten gefeiert werden kann.

Die Novelle zum Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.
Darauf wird die Steuerdebatte

fortgesetzt.
Hr. Dr. Düringer (DAB.): Dem Optimismus des Reichsfinanzministers und seinem ungewöhnlichen Selbstvertrauen haben wir skeptisch gegenüber. Es kommt darauf an, ob unter Wirtschaftslieben diese Steuererhebung ertragen wird, oder ob es nicht dadurch zugrunde gerichtet wird. Wir vermessen beim Minister bei aller seiner Fähigkeit die gründliche Erfahrung der überaus schwerigen Fragen, an die er sich heranwagt. Alle seine Worte tragen das Gepräge eines vordringlichen Dilettantismus. (Zuruf: Freiheit! — Präsident Behrens: Ich rüdt diesen Zuruf.)
Reichsfinanzminister Erzberger: Beweise für seine Wortkraft hat der Redner nicht vorgebracht. Bisher haben wir trotz unseres Zusammenbruchs noch alle unsere Verpflichtungen erfüllen können. Es ist ein Geschick in Vorbereitung, durch das die Kriegsschuldigkeiten aufgeschoben werden sollen. Den Familien der noch im Gefangenschaft Weisenden müssen wir eine besondere Weihnachtsbesuche geben, sie haben es reichlich verdient. Die Reichsfinanzordnung wird der Nationalversammlung im Februar vorgelegt. Das Reich ist der Träger der sozialen Wohlfahrt. Die Kosten der Erhaltung der sozialen Versicherungen werden erhöht werden. Der Steuerertrag von 24 Milliarden muß aufgebracht werden. Was ich Ihnen vorgeschlagen habe, ist das höchste Maß dessen, was unsere Wirtschaft tragen kann. Das Kinderprivileg wird in Zukunft ganz anders wirken, als in der Vergangenheit. Es geht ganz erheblich über das Kinderprivileg im preussischen Einkommensteuergesetz hinaus. Das Prinzip ist richtig, daß für jedes einzelne Kind ein Abzug von der Steuer gemacht wird. Die Vermögenszuwachssteuer kann noch weiter ausgebaut werden. Der soziale demokratische Antrag auf Erhöhung der Umsatzsteuer wird beim Finanzministerium auf seinen Widerstand stoßen. Bei der politischen Situation ist an die indirekten Steuern nicht zu denken, wenn nicht die direkten Steuern bis zum Höchstmöglichen ausgebaut sind. Der Grund, das im Ausschuss verlesene Gutachten des Finanzministers als vertraulich zu behandeln, ist in den letzten Tagen sorgfältig. Nach diesem Gutachten kann niemand mehr behaupten, daß die Entente auf das Reichsnotopfer oder irgend eine andere Steuer die Hand legen könnte. Davon steht im Friedensvertrag nichts. Es wäre also eine ganz grobe Verletzung des Friedensvertrages. Daß das Privateigentum mehr geschützt ist, ist ein Trugschluß. Aus Vorsicht überhaupt keine Steuern erheben, würde der Ruin des Vaterlandes sein. Wir wollen an dem Grundbesitz festhalten, daß das Reich auch für die Finanzen der Länder und Gemeinden sorgen muß. Ich würde es für besser halten, wenn alle drei Steuervorlagen an eine einzige Kommission überwiehen werden, denn das Landessteuergesetz kann nur von der Kommission beraten werden, die auch die Einkommensteuer gemacht hat. Diese muß am 1. April in Kraft treten. Mein Optimismus ist begründeter Optimismus. In den ersten Monaten dieses Jahres lag unter Wirtschaftslieben ängstlich danteher: jetzt aber hebt sich überall die Produktion. Wenn unser Volk anfängt, bei der teilweise kümmerlichen Ernährung, Kleidung und Heizung mehr zu arbeiten, als jemand annehmen konnte, so lasse ich mir den Glauben an das deutsche Volk durch nichts aus meinem Herzen reißen. (Beifall bei der Rede.)
Hr. Becker-Hessen (DAB.): Das Reichsnotopfer lehnen wir in seiner gegenwärtigen Gestalt ab. Es muß durch ein anderes

Wichtiges Opfer eracht werden, das nicht so große Gefahren birgt. Die Aufgabe, die Reichsfinanzen zu sanieren, ohne dabei die Privatwirtschaften zu schädigen und zu verringern, sollte alle zumutbar, die wirklich guten Willens sind. (Sehr gut!) Den Beamten muß schleunigst durch eine andere Bemessung der Teuerungszulagen entgegengekommen werden. Möglichen Beamten muß die Möglichkeit gegeben werden, auch in besser bezahlte Stellen aufzurücken, unabhängig von ihrem Parteibekenntnis. Einer erneuten Kohlensteuer würden wir entschieden widersprechen, auch eine Aufwandssteuer ist praktisch undurchführbar. Das Kapitalertragssteuergesetz werden wir ablehnen und auch im Landessteuergesetz Ungeheuerlichkeiten zu verhindern suchen. Das Landessteuergesetz läßt den Ländern und Gemeinden das Lebenslicht aus.

Abg. Wurm (US.): Die Reichseinkommensteuer belastet den wirtschaftlich Schwachen verhältnismäßig ebenso wie den Starken. Die Länder und Gemeinden dürfen nicht zu Kostgängern des Reiches gemacht werden. Es gibt keinen anderen Ausweg als den Fortschritt der privaten Produktionsweise und her mit der Sozialisierung!

Abg. Dr. Heim (Z.): Alle Länder, auch Bayern, werden durch diese Steuern ausgehungert und zu Kostgängern des Reiches gemacht. Der Parlamentarismus und die Demokratie haben als Schwester die Korruption. (Widerbruch bei den Sozialdemokraten.) Mit diesen übertriebenen Zentralisierungen nähern Sie dem Reichsgebanken nicht. Die Hauptaufgabe ist, die Produktion zu fördern. Sie sabotieren die Landwirtschaft. (Lauter Zurufe.) Die Preissteigerung von heute entspricht nicht im entferntesten der Preissteigerung aller Produktionsmittel, die die Landwirtschaft anwenden muß. Wir müssen aus Not den Zehntunden-Arbeits-tag einführen. Wir verlangen auch von den Arbeitern, daß sie Opfer bringen, anders können wir die Wäلتa nicht bessern.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlagen gehen an den zehnten Ausschuß.

Nächste Sitzung Dienstag, 9. Dezember, 1 Uhr. Einziger Punkt der Tagesordnung: Kundgebung der deutschen Nationalversammlung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgesandten. Später, etwa um 3 Uhr, wird eine weitere Sitzung stattfinden mit der Tagesordnung: Anfragen und zweite Lesung des Reichsnotgesetzes.

Die neue Bedrohung durch die Entente.

Nach Meldungen aus Paris soll die angekündigte Note der Entente zur Erzwingung der Protokollunterschrift durch Deutschland zwar mit der Kündigung des Waffenstillstandes drohen, aber immerhin gewisse Milderungen der Forderungen enthalten. Wie der „Matin“ mitteilt, enthält die Note keine Aufforderung an die deutsche Regierung, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Vorschläge des Fünfferrats zu antworten. Sie enthält vielmehr nur den Hinweis darauf, daß, falls die deutsche Regierung das Zusatzprotokoll nicht unterzeichnet und damit den Austausch der Ratifikationsurkunden unmöglich machen werde, der Waffenstillstand gekündigt wird. Die Note soll hinsichtlich der Verletzung der Scapa Flow-Flotte im wesentlichen den Standpunkt, den der Fünfferrat eingenommen hat, aufrechterhalten, jedoch den Interessen des deutschen Wirtschaftslebens Rechnung tragen. Eine weitere bedeutsame Angelegenheit werde hinsichtlich des Schlusses des Protokolls, der bekanntlich militärische Gegenmaßnahmen auch nach der Wiederbestellung des Friedens vorsehe, gemacht werden. Die Alliierten verzichteten darauf, Deutschland besonderen Drohungen zu unterwerfen, sie begnügten sich mit den Maßnahmen, die durch die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles vorgesehen seien. Der „Matin“ meint, der Fünfferrat sei Deutschland weit entgegengekommen und die deutsche Regierung könne, ohne etwas von ihrer Autorität zu verlieren, das nunmehr geänderte Protokoll unterzeichnen. Es werde auch der deutschen Regierung leicht sein, auf erwünschte Vorstellungen der Militärpartei zu antworten.

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“, des bekannten italienischen Blattes, schreibt die angeblich gemäßigte Haltung des Obersten Rates dem Einfluß der amerikanischen Delegation zu und nennt die Tatsache, daß diese zur allgemeinen Überraschung plötzlich von Lenkung des fatesogenen Beschlusses erhalten habe, mit allen ihren Mitgliedern am 10. Dezember abzutreten. Nachdem Clemenceau sich selbst an Wilson mit dem Entschluß gewandt hatte, zum mindesten einen Teil der amerikanischen Delegation mit White als Leiter in Paris zurückzulassen, hätte man in Ententekreisen mit völliger Sicherheit auf die Erfüllung dieses Wunsches gerechnet. Um so größer sei nun die Enttäuschung und das Entsetzen über das scharfe Hervortreten des Willens Amerikas, sich von den Geschäften Europas zurückzuziehen.

Nach Pariser Meldungen des „Lyoner Progres“, der in der Regel gut unterrichtet zu sein pflegt, sind im Obersten Rat noch keine endgültigen militärischen Beschlüsse gegen Deutschland gefaßt worden. Die Schlusssitzung sei vielmehr bis zur Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Ententeentscheidung ausgesetzt worden. Militärische Beschlüsse seien jedoch nicht zu umgehen, falls Deutschland nicht alle Bedingungen der Entente bis zur nächsten (d. h. dieser) Woche angenommen habe.

Wie der „Matin“ erklärt, stehen die Beziehungen Deutschlands zu den alliierten und assoziierten Mächten noch unter dem Regime des Waffenstillstandes. Die neuen deutschen Gebiete können also nur nach der Vereinbarung vom 17. Januar 1919 nach vorhergehender Kündigung von sechs Tagen befreit werden, oder es könnte nach der Vereinbarung vom 11. November 1918 der Waffenstillstand nach Vorankündigung von 48 Stunden gekündigt werden. Es sei aber sicher zu erwarten, daß bevor die Alliierten zu einer dieser äußersten Maßnahmen schreiten würden, eine letzte Verhandlung erfolge, um Deutschlands Aufmerksamkeit auf den Ernst der Lage zu lenken.

Bei der deutschen Regierung besteht nach Meldungen aus Berlin die Befürchtung, notwendiger Fälle die Entscheidung über die Unterzeichnung des Pariser Protokolls der Nationalversammlung zu überlassen. Die Regierung halte die Lage für äußerst ernst und glaube sich bei der Stellungnahme zu einem etwa in Aussicht stehenden Entente-Ultimatum nicht inkompetent, allein die Verantwortung für alle sich ergebenden Konsequenzen zu tragen. Der Beschluß, neue Verhandlungen mit der Entente einzuleiten, sei unter Hinweisung der Vertreter der Parteien gefaßt worden. Der Beschluß für auswärtige Angelegenheiten wird voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch zu der Ententeentscheidung endgültig Stellung nehmen.

Friedensratifikation am 24. Dezember?

Wie die „Dona“ zuverlässig erklärt, beabsichtigt die Entente, wenn Deutschland die Zusatzprotokolle unterzeichnet hat, die Ratifikation des Friedensvertrages am 24. Dezember am Reichstagsgebäude vorzunehmen, um damit symbolisch auszudrücken, daß sie ihren Völkern gerade an diesem Tage den Frieden der Erde wieder besichert.

Ein aufsehenerregender Schritt flamländischer Deputierter.

U. Hamburg, 5. Dezember. Nach einem Pariser Telegramm aus Brüssel wurde durch die flamländischen Deputierten in Paris ein aufsehenerregender Schritt unternommen, von dem die belgische Presse bisher keinerlei Mitteilung bringen konnte. Vor einigen Tagen haben, wie die „Hamburger Nachrichten“ zu melden wissen, fünf Deputierte des flamländischen Wahlbezirk beim Generalsekretär der Friedenskonferenz vorgeschlagen, um den Verband zu ersuchen, die Autonome Flandern zu proklamieren. In Brüssel habe die Angelegenheit großes Aufsehen erregt. Es wurde scharf verurteilt, daß flamländische Deputierte eine innerbelgische Angelegenheit vor die Friedenskonferenz gebracht haben.

Poln.-bolschewistischer Waffenstillstand.

Wie der „Telegraphen-Union“ aus Warschau berichtet wird, wurde an der polnisch-bolschewistischen Front ein zehntägiger Waffenstillstand zwecks Ermöglichung der Rückkehr der Geiseln und Flüchtlinge aus Rußland abgeschlossen. Der Waffenstillstandsvertrag wurde seitens der bolschewistischen Mission von dem bekannten polnischen Kommunisten Dr. Marchlewski unterzeichnet, welcher für den Posten des bolschewistischen Gesandten in Warschau ausersehen ist. Die Rückkehr der Flüchtlinge und Geiseln aus Rußland wird in den nächsten Tagen beginnen.

Eine neue Burenbewegung.

Im englischen Unterhause erklärte ein Vertreter der Regierung, daß in Britisch-Südafrika eine Bewegung gegen die Engländer ausgebrochen sei. General Herxog habe sich an die Spitze nationalitätlicher Burenelemente gestellt, die die Ausrufung einer Burenrepublik anstrebten. In Johannesburg kam es nach Schluß einer Burenversammlung zu Zusammenstößen zwischen Buren und britischer englischer Polizei, wobei einige Personen getötet und verletzt wurden.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Zahrgewinn nach englischen Muster.
Durch einen gemeinsamen Erlass des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums werden erstmalig für November-Dezember Erhebungen über die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel und über die amtlich zugelassenen Lebensmittel in allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern angeordnet. Auf Grund dieser Erhebungen sollen die Steuererhöhungen berechnet und die Gemeinden in Steuerungsklassen eingeteilt werden. Gemeinsam mit den Ergebnissen der ebenfalls beschleunigt durchzuführenden Lohnstatistiken sollen die Ergebnisse als Unterlagen für Tarifverhandlungen und für Schlichtungsverhandlungen bei Lohnstreitigkeiten verwendet werden.

Ein gerichtliches Nachspiel der Berliner Januar-Unruhen.

Nach 16tägiger Verhandlung in dem Prozeß gegen die anlässlich der Januar-Unruhen verhafteten Spartakistenbelagerung des Schlesiens Bahnhofs wurde Freitag vom Schwurgericht in Berlin das Urteil gefällt, und zwar wurden verurteilt: Der Hauptangeklagte Kopper zu 6 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus, Schmidt zu 5 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus, Berger zu 3 Jahren Zuchthaus, Klemenski zu 3 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus und Michallek zu 5 Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 bezw. 10 Jahre aberkannt.

Was kostet?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe
500 Mark bar
500 Mark Kriegsanleihe

Was bringt?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe
Jedes Jahr
5000 Gewinne gleich
50 000 000 Mark.
Jedes Jahr
25 000 Bonus-Gewinne von
1000 Mark bis 4000 Mark.
Jedes Jahr
50 Mark Sparzinsen
für ein Stück von 1000 Mark.

Schluß der Zeichnung
10. Dezember mittags 1 Uhr.
Einzahlungstermin 1.-8. Jan.
1. Ziehung: März 1920

Kleine politische Nachrichten.

Die Vorarbeiten zum Bergarbeiter-Heimstätten-gesetz sind vollendet und das Gesetz wird demnächst der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Sämtliche Be-ratung der zu seiner Durchführung erforderlichen Mittel seitens der Reichsregierung ist dringend geboten.
Die deutsche Verfassung ist von der Entente auch für das besetzte Gebiet als gültig anerkannt worden.
Die „B. W. N.“ erfahren von zukünftiger Seite, daß eine Ver-ordnung betreffend die Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen, unmittelbar bevorsteht.
Bei der zweiten Lesung des Umfassenderen Gesetzes im Stenografischen Nationalparlament wurde die Höhe der Umfassenderen entsprechend dem Beschluß der ersten Lesung auf 1 1/2 Prozent bemessen.

Wie der frühere konservative Parteiführer und Abgeordnete und Oberverwaltungsrat Graf Westarp mitteilt, ist er auf seinen Antrag aus dem Staatsdienst ausgeschieden, um sich ganz der „Kreuzzeitung“ und der von ihr vertretenen politischen Richtung zu widmen.
Der Justizminister stellte wegen Verleumdung der preu-ßischen Justizbehörde durch den Artikel: „Am Schan-pfah der Gerechtigkeit“ in Nr. 599 der „Freiheit“ Straf-antrag.
Im Prozeß Marloh wegen der Erschießung von 29 Mit-gliedern der Berliner Volksmarinedivision ist Sonnabend der Be-weis aufnahme geschlossen worden. Die Plädoyers fin-den heute statt.
Der Angestelltenstreik in der Chemnitzer Me-tallindustrie ist beendet. Die Wiederaufnahme der Ar-beit erfolgte Montag früh.

Die Einfuhr und der Verkauf der „Preussischen Schützmannszeitung“ im besetzten Gebiet ist bis zum 17. Februar verboten worden.
Wegen Papiermangel mußte das „Wiesbadener Tageblatt“ sein Erscheinen einstellen.

Das „Journal“ meldet aus Namur, daß der Oberst Dam-leau, der 1914 Kommandant des Forts Malone war, zu fünf Jahren Gefängnis und militärischer Degradation verurteilt wurde, weil er das Fort an die Deutschen he-bungslos übergeben habe, anstatt es in die Luft zu sprengen.
Der Oberste Rat stimmte dem Wunsche zu, daß Staatskanzler Renner persönlich dem Obersten Räte die unhaltbare Lage und das schreckliche Ende des österreichischen Volkes darlege. — Zur Linderung der Feuerungsnot ist für die Wiener Bevölkerung bereits die Teilabholzung des Wiener Waldes freigegeben worden.

Die Milderungen in Innsbruck dauern an.
Die Friedenskonferenz der russischen Rand-staaten mit Sowjet-Rußland hat Freitag in Dorpat begonnen. Die Verhandlungen waren geheim. Die russische Deputa-tion besteht aus zwanzig Personen, darunter sieben Frauen. Leiter sind die Kommissare Krasin, Toffe, wozu Litwinow und Rabek erwartet werden.

Oesterreich.

Borarlberg läßt sich los.
Der Borarlberger Landtag hat Sonnabend den Antrag, von der Staatsregierung in Wien zu verlangen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht des Landes anerkenne und die Frage des Selbstbestimmungsrechtes beim Obersten Rat in Paris und beim Völkerverbund anrede, mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Zusatz-antrag, erforderlichenfalls selbst das Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen, die Stimmlisten wegen der Volksabstimmung in Bereitschaft zu halten, wurde mit harter Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist von Borarlberg die Loslösung von der Republik Oesterreich beschlossen.

Dänemark.

Das deutsche Muster.
Im Folkething begründete der sozialdemokratische Abg. Borgbjerg die von der Regierung vorgeschlagene Verfassungsänderungen, die u. a. die Herabsetzung des Wahlrechtsalters und Auflösbarkeit des Landstings betreffen. Borgbjerg erklärte, daß, wenn das Landsting nicht auflösbar wäre, die Nordfahleswiger überhaupt keinen Zutritt zu ihm erlangen würden. Er forderte ferner verschiedene Reformen, zum Beispiel Abschaffung der Orden, Titel und Rangklassen sowie Sicherung der Arbeiter gegen die Monopole des Kapitals und Umwandlung Dänemarks in eine Republik. Letzteres sei in erster Linie notwendig mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Stadt Helsingör; man müsse den Helsingör Arbeitern auf diese Weise entgegenkommen. Wenn der dänische Reichstag sich für die Republik erklärte, würde er bei dem König kaum auf Widerstand stoßen und König Christian werde möglicherweise sogar als ihr erster Präsident gewählt werden.

Rußland.

Ein Zarenmörder hingerichtet.
Die „Pravda“ meldet, daß der Hauptinstizier des Mordes an der Zarenfamilie, Jachontow, von dem Revolutionstribunal in Perm zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

China.

Die russisch-mongolischen Abmachungen für null und nichtig erklärt.
Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus London hat in Anbetracht der bolschewistischen Bedrohung die Mongolei den Vertrag von Kiachta gekündigt und aufs neue verlangt, von China beschützt zu werden. Ein Dekret des Präsidenten von China vom 22. November habe diesem Verlangen der Mongolei stattgegeben und alle russisch-chinesischen und russisch-mongolischen Abmachungen für null und nichtig erklärt.

Vereinigte Staaten.

Wilson ist geschäftsfähig und winkt mit dem Delzweig.
Wie „Reuters Bureau“ aus Washington meldet, sind die Senatoren Fallers und Hitchcock, die beauftragt worden waren, darüber zu berichten, ob Wilson infolge seiner Krankheit nicht in der Lage ist, die Geschäfte zu führen, Freitagabend nach einer Konferenz von 45 Minuten überein gekommen, daß Wilson geistig genügend rege ist, um sich ein Urteil über kritische Fragen bilden zu können. Nach dem Pressebureau „Radio“ erklärte Senator Hitchcock, Präsident Wilson halte die Möglichkeiten der maginischen Lage für so zahlreich und zu erst, um sowohl in Worten als auch in Taten überreicht vorzugehen. Beim Verlassen des Weissen Hauses sagte Senator Hitchcock zu Präsident Wilson mit Bezug auf die Ratifikation des deutschen Friedensvertrages durch Amerika, das Winken mit dem Delzweig auf beiden Seiten könne zu Ergebnissen führen. Der Präsident erwiderte: „Wir wollen die andere Partei winter lassen. Wir beide haben alles getan, was wir konnten. Die Verantwortung ruht jetzt auf den Schultern der anderen.“

Mexico gibt nach.
Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, daß der von den Mexikanern verhaftete amerikanische Konsularagent Jennings auf freien Fuß gesetzt worden ist.

Das Verfahren gegen die Bergarbeiterführer.
Aus Indianapolis meldet „Reuters Bureau“: Alle Leiter des Bergarbeiterbundes sind unter Bürgerhaft freigelassen worden. Der Staatsanwalt des Bundesgerichts erklärte, nicht allein die Bergarbeiter, sondern auch die Bergwerksbesitzer hätten das Verbot übertreten.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 8. Dezember.

Achtung, Arbeiterausschüsse der Metallindustrie! Mittwoch abend 7 Uhr Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus. Der Vorstand der Arbeiterausschüsse: P. Baumann. P. Mundt.

Die neue Verfassung.

Es ist keine leichte Aufgabe, das Fundament eines historisch gewordenen Staatswesens von Grund auf umzubauen und den Zeitverhältnissen entsprechend auszugestalten. Denn wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß sich auch das Neue an das bisher Bestehende in gewissem Umfange anknüpfen muß, da nun einmal Menschen und Sassen nicht ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie sind, mit einem kühnen Federstrich so umgemodelt werden können, wie wir es gerne wünschen möchten. Insbesondere haben wir Sozialdemokraten uns stets vom evolutionären Werden, dem allmählichen Auf- und Ausbau leiten lassen und uns niemals Spiegelkathedralen hingegeben, aus denen zu lesen gewesen wäre, daß wir von heute auf morgen einen Staat bilden könnten, an dessen Einrichtungen kein Mensch mehr etwas zu mäkeln hätte. Wohl haben wir unter der alten Herrschaft stets auf Staatsverfassungen gedrungen, die jedem Bürger das gleiche Recht gewährleisteten. Aufbauend auf diesem Recht folgte sich die Macht des Staatsbürgers, ergibt sich dessen Pflicht, entscheidend mitzuwirken und zugleich mitverantwortlich für die Geschichte des Staates zu sein.

Das war bis vor kurzer Zeit auch in Lübeck nicht der Fall. Bürgerrechtsmehrheit und Senat taten mit einigen schönen Sätzen oder kühnen Handbewegungen die gerechten Forderungen der Volksmehrheitsvertreter ab, fühlten sich für alle Zeiten als tonangebende Herren. Der lässige Senat, seit Jahrhunderten in der Hauptsache aus eingesehnen Geschlechtern zusammengesetzt, schaltete souverän und wurde durch eine rücksichtslos geübte Bürgerkastei nur selten mit kleinen Mißbilligkeiten belästigt. Nicht viel mehr als ein Duzend Jahre ist es her, daß diese Körperchaften dem Volke, das erweiterte Rechte forderte, diese in unerhörter Weise noch schmälerte.

Beim Kriegsausbruch, als man vor allem eine gewisse Rücksicht nehmen mußte auf die Stimmung der breiten Massen, war man im Reiche mit Versprechungen zur Hand, die jedoch mit dem zeitweiligen Kriegesglück verblähten. Auch hier in Lübeck beschäftigte man sich während des Krieges mit Verfassungsfragen, die Kommissionsarbeiten kamen aber nicht recht vom Fleck, wohl weil man zögerte, jureiurandi Vorrechte preiszugeben. Es mußte zum völligen Zusammenbruch kommen, ehe ganze Arbeit gemacht und der Demokratie freie Bahn geschaffen werden konnte.

Sofort nach der Revolution wurde von unseren Genossen ein Provisorium geschaffen, das für die Einwohner beiderlei Geschlechtes über 20 Jahre das gleiche Wahlrecht brachte. Ebenso wurde das Wahlrecht zum Senat auf eine ganz andere Grundlage gestellt, so daß es bereits möglich wurde, 5 Genossen in den Senat zu entsenden. Mit diesem Provisorium wurde auch sofort der Beschluß gefaßt, die ganze Verfassung einer Revision zu unterziehen. Die Arbeit der hierzu gewählten Kommission liegt nun in ihrer ersten Lesung im ersten Abschnitt vor.

Das bisher Gewesene, Volkstrentende muß bei Wertung des Neuen, Werdenden am Auge des gerecht Urteilenden vorbeiziehen. Vorher Klassenherrschaft und Staatsautorität in Händen weniger, jetzt Demokratie und Volkssouveränität! Hier ist der richtunggebende Wegweiser zu völlig freier Staatsentwicklung, hier baut sich die Zukunft unseres Staatswesens im engeren Kreise der großen Volksgemeinschaft auf.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird von Bürgerkastei und Senat ausgeübt, so lautet der ausschlaggebende Artikel 2 nach den Beratungen der gemeinsamen Kommission in erster Lesung des lübeckischen Landesverfassungsentwurfes, den wir in seinem bisher abgeschlossenen ersten Teil — den Senat betreffend — an anderer Stelle wiedergeben. Wir haben bereits betont, wie ungeheuer bedeutungsvoll sich die Umwälzung hier kundgibt. Gemäß ein Erfolg, unseres Kampfes wert. Bietet man die Artikel 5 — Wahldauer des Senates — und Artikel 16 — Vertrauensentziehung — noch hinzu, dann erscheinen die übrigen Artikel nur in untergeordneter Bedeutung.

Der Artikel 5 über die Wahldauer des Senates bedarf einer Aenderung. Man hat sich auf eine 12jährige Wahl festgelegt, obwohl doch im Artikel 16 ausgesprochen wird, daß ein Senatsmitglied zurückzutreten hat, sofern ihm die Bürgerkastei mit Zwei-Drittel-Mehrheit das Vertrauen entzieht. Danach ist jedes Senatsmitglied vom Vertrauen der Volkssouveränität unbedingt abhängig, was an sich den Bestimmungen der Reichsverfassung entspricht. Uns bleibt unverständlich, weshalb erst zwei Drittel der Bürgerkasteivertretung das Recht haben sollen, dem Senatsmitglied das weitere Amtieren durch Vertrauensentziehung unmöglich zu machen, wenn sich der Senat auf das Vertrauen der Volkssouveränität stützen soll. Dieser Artikel bedarf deshalb einer Revision. Immerhin ist hier die Verfassungskommission weiter gegangen als z. B. in Hamburg, wo zu einem derartigen Beschluß die Anwesenheit von 120 Bürgerkasteimitgliedern erforderlich ist. Wenn dort also von einer Fraktion ungefähr ein Viertel Obstruktion treibt, liegt es in deren Hand, das Misstrauensvotum zu vereiteln. Es kann selbstverständlich nicht die Absicht sein, Senatsmitglieder aus geringfügigen Anlässen zu beseitigen, eine längere Amtsdauer findet ihre Berechtigung darin, daß sie nicht nur regere Personen, sondern vor allem auch in der Verwaltung mitwirken und dort ist eine größere Stabilität vor allem notwendig.

Es käme dann noch die Zahl der Senatsmitglieder in Betracht. Wir haben früher 14 Senatsmitglieder als zu viel erachtet, es hat sich aber durch die Erfahrung herausgestellt, daß eine geringere Zahl eine zu hohe Arbeitslast auf den einzelnen wälzen würde. Vielleicht läßt sich hier noch eine Kosteneinsparung dadurch herbeiführen, daß man vier oder sechs Senatsmitglieder sozialdemokratisch wählt, sie von ständigen Verwaltungsarbeiten so viel wie möglich befreit und ihnen für ihre besondere Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung gewährt. Der religiöse Zusatz, der bei der Eidesformel bisher die Regel bildete, ist beseitigt, dessen Hinzufügung ist in das Belieben des einzelnen gestellt. Neu ist, daß sich der Gewählte auch auf die Reichsverfassung verpflichten muß. Das erscheint uns durchaus notwendig und zweckmäßig.

Die übrigen Artikel betreffen die Wahl, Zusammensetzung und Geschäftverteilung des Senates.

So liegt nun das Ergebnis des ersten Teiles der neuen lübeckischen Landesverfassung als Werk der Kommission der Kritik offen. Es ist nur ein Bruchstück des Ganzen, allerdings neben dem folgenden über die Bürgerkastei das wichtigste. Ein endgültiges Urteil kann erst nach Vorliegen des ganzen Entwurfes gefällt werden. Das letzte Wort spricht die Bürgerkastei. So viel darf aber schon heute mit gutem Gewissen gesagt werden: gegenüber dem Alten können wir einen gewaltigen Fortschritt verzeichnen.

Tariffbewegung der Handelsangestellten Lübeck.

Am Sonntag vormittag tagte im „Kolosseum“ eine von allen Organisationen der Handelsangestellten gemeinsam einberufene, stark besuchte Versammlung. Es galt Protest einzulegen gegen das Verhalten der Arbeitgeberorganisationen und deren Vertreter in der Abschlußfrage des neuen Tarifvertrages. Der alte Tarif, der bis zum 31. Dezember Gültigkeit hat, ist von den Arbeitnehmern gekündigt worden, weil besonders die darin vorgesehene Gehaltssteigerung vollständig unzulänglich ist. Die erste Verhandlung sollte am 25. November stattfinden. Auf Wunsch der Arbeitgeber, denen dieser Termin zu kurz war, wurde die Verhandlung hinausgeschoben und auf den 1. Dezember festgelegt. Die Arbeit-

geber erschienen aber nicht. Zu einer auf den 4. Dezember vom Demobilisierungskommissar Herrn Dr. Vint einberufenen Verhandlung waren außer dem Konsumverein, der Genossenschaftsbäckerei und 3 Einzelfirmen die Arbeitgeber wiederum nicht erschienen. Trotz dieser schänden Behandlung will man zunächst verhandeln, auf gutlichem Wege zu verhandeln. Bis zum Sonnabend haben die Arbeitgeber noch jegliche Verhandlungen abgelehnt. Nunmehr haben sie sich an den Bund der Arbeitgeber gewandt und wollen am 8. Dezember auf der Grundlage eines Rahmen-tariffes verhandeln. Der vom Kleinhandelsverband eingereichte Tarifentwurf wurde von den Angestellten als völlig unzureichend abgelehnt. Zwischen den Organisationen der Angestellten ist ein Bürgerstreik abgeklärt worden; es besteht in dieser Tarifbewegung völlige Einigkeit. Die Versammlung zeigte über das Verhalten der Arbeitgeber harte Empörung. Alle Redner verurteilten scharf die Handlungsweise der Arbeitgeber; ihre Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Einige Selbstinshaber, die sich besonders ablehnend zum Tarifvertrag stellten, wurden scharf angegriffen. Herr Rechtsanwalt Dr. Röper als Syndikus des Kleinhandelsverbandes, konnte unter der starken Erregung der Versammlung nur mit Mühe zu Worte kommen. Von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände sprachen unsere Genossen H. A. und J. Ohn, die mit ihren Ausführungen langanhaltenden Beifall fanden. Neben der Erneuerung des Tarifvertrages wird eine Entschädigungssumme für Verküretze von 1000 Mk. und für Bediene von 600 Mk. gefordert. Tücher einzigen Antrages zum Tarifentwurf wurde folgende Entschädigung einstimmig angenommen: „Die am 7. Dezember im „Kolosseum“ tagende Versammlung der Lübecker Handelsangestellten nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Verschleppungstatistik der Arbeitgeber und deren Vertreter in den Tarifverhandlungen. Sie fordert die sofortige Aufnahme der Verhandlungen zwecks Abschluß des Tarifvertrages, die energisch zu betreiben sind. Den Gedanken des Rahmen-tariffes hält sie für undurchführbar. Der Abschluß des Tarifvertrages hat bis zum 12. Dezember zu erfolgen. Die Verantwortlichkeit für die Folgen des Nichtabschlusses fällt den Arbeitgebern zu.“ Die Versammlung beschloß ferner, ihren Forderungen durch einen Demonstrationsszug besonderen Nachdruck zu verleihen. Nach Schluß der Versammlung formierten sich die Versammlungsteilnehmer zu einem imposanten Demonstrationsszug. Im Zuge trug man mehrere Schilder mit Aufschriften, die die Forderungen der Angestellten propagierten. Der Zug bewegte sich zunächst nach der Wohnung des Herrn Schiemann, der Tarifvertragsverhandlungen ablehnend gegenübersteht. Als der Zug in der Priester-Straße einbog, hielten schon 3 Polizisten vor dem Hause des Herrn Schiemann treue Wache, was im Zuge Heftigkeit auslöste. Einige Polizisten waren noch in Anmarsch, machten aber kehrt, als der Zug in mühsamster Ordnung, ohne jegliche Zwischenfälle, vorbeimarschierte. Er bewegte sich dann durch die Stadt und löste sich auf dem Marktplatz auf.

Die Versammlung zeigte einen festen, entschlossenen Willen und stand einig zu ihren Forderungen. Auch dem Streik wurde aus der Versammlung das Wort geredet. Sollten die Arbeitgeber kein Entgegenkommen zeigen, dann scheinen schwere Konflikte unvermeidlich zu sein.

Eine Versammlung der Bürgerkastei findet am Montag, dem 15. Dezember, abends 6 Uhr im Bürgerkasteisale statt.

Voranzahlung der Frucht für Lebensmittel aus Dänemark. Wie die Frankf. A. N. aus Kopenhagen meldet, sollen angeichts der ungewöhnlichen Verhältnisse vom Sonnabend ab für alle Sendungen von Lebensmitteln sowie lebendem Vieh nach Deutschland die Frucht im voraus bezahlt werden. Mit unserm Kredit steht es also ziemlich faul, auch im Norden.

Verbot von Schmarzblech für Kochgeschirre. Von hiesigen Kleinvertrieben und Reparaturwerkstätten wird vielfach zum Ausschleifen von Eß-, Trink- und Kochgeschirren verzinktes Schmarzblech verwendet. Dieses Blech ist geeignet, an die Speisen, die in derartig ausgebeizten Gefäßen aufbewahrt oder zubereitet werden, giftigen Zink abzugeben und auf diese Weise die Speisen gesundheitsschädlich zu machen. Das Gesundheitsamt verweist auf das Nahrungsmittelgesetz, wonach das Herstellen, Ausschleifen, Verkaufen und Heilhalten derartiger Kochgeschirre mit Gefängnis bestraft ist und warnt vor deren Verwendung.

Zum Seltenshandel teilt der Bezirksrat in Lübeck des Deutschen Drogerieverbandes mit, daß die vom Reichsausschuß für Dele und Seife vor einiger Zeit in den hiesigen Zeitungen über den vermutlichen Verbleib der deutschen Fein- und Kern-Seife aufgestellten Behauptungen unrichtig seien. Der Grund sei vielmehr darin zu suchen, daß entgegen aller Versicherungen des Seltenshandels und auch des Ausschusses für pflanzliche und tierische Dele eine ausreichende Belieferung des Handels mit Seife bis heute auch noch nicht annähernd erfolgt ist. Nach Mitteilung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler bestehen fürzlich Geschäfte mit tausend und mehr eingetragenen Kunden zum erstenmal 100—200 Stück, Geschäfte mit 300—400 eingetragenen Kunden 40—50 Stück Seife zugeteilt. Auch für die Folge dürften die Aussichten für eine autömmliche Belieferung außerordentlich schlecht bleiben. Dem Kleinhandel treffe keine Schuld.

Wasser statt Kognak. Gewarnt wird vor zwei hier aufgetretenen Schwindlern. Dieselben hatten am Sonnabend, dem 6. d. Mts., einem hiesigen Weinhändler 100 Liter Kognak zum Kauf angeboten. Die vor ihnen gezeigte Probe war gut und preiswert. Das 100 Liter enthaltende Faß wurde daher von dem Weinhändler zum Preise von 3800 Mark gekauft. Die Abnahme des Fasses fand in einem hiesigen Gasthofs statt. Als das Faß heute abgezogen werden sollte, stellte sich heraus, daß das Faß nur 10 Liter Kognak enthielt und der übrige Inhalt des Fasses aus Wasser bestand. Die Schwindler hatten unter dem Spundloch einen Nachkasten montiert der bis zum Boden des Fasses reichte und mit Kognak gefüllt war. Die Schwindler konnten hier nicht mehr angetroffen werden, weil sie bereits am Sonnabend mit unbekanntem Verbleib abgereist waren. Anzunehmen ist, daß sie an einem anderen Ort denselben Schwindel begehen werden.

Im Haus-Theater über jetzt die hier so beliebte Operette „Das Dreimäderlhaus“ und „Die Garbafabrik“ wieder eine große Zugkraft aus. Letztere ist seit Sonnabend in den gegenwärtigen Winterpielplan aufgenommen. In der recht anerkennenswerten Wiedergabe unter Kapellmeister Jörgelbe waren die Damen v. Paul und Möbius sowie die Herren Strehlen und Kugelberg in erster Linie beteiligt. An Applaus fehlte es nicht.

Wäcker Wohlfahrtskomitee. Ueber Aufgaben und Mittel der freien Wohlfahrtskomitee spricht auf Veranstaltung des Wohlfahrtsamtes am Mittwoch, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr, im goldenen Saal des Stadttheaters Herr Dr. Jahn, Geschäftsführer der hamburgischen Gesellschaft für Wohltätigkeit. Dem Vortrag folgt freie Aussprache.

Molsling. Protest gegen das Streikurteil. Eine gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins nahm am Sonnabend eine Entschädigung an, in der das Urteil gegen die streikenden Tischler in Lübeck scharf verurteilt wird.

Lebensmängel. Die Schulfürsorge schreibt: Am diesen an uns gerichteten Wünschen zu entsprechen und um vielen Hausfrauen, die für ihre Angehörigen warmes Zeugnis anfertigen wollen, die Beschaffung der notwendigen Zutaten zu erleichtern, werden folgende Lebensmittel bei Frau Dau, Fehlingstraße 15 I, Dienstags und Freitags von 9 bis 11 Uhr abgegeben.

Angrenzende Gebiete.

Stadtkonferenz. Gemeinderatsversammlung. In der Gemeinderatsversammlung ist ein Defizit von 34000 Mk. bayer war als erster und wichtigster Punkt Schluß eines weiteren Quartals der Ein-

kommensteuer auf die Tagesordnung gesetzt. Da ein anderer Ausweg, dies Defizit zu decken, gefunden wurde, erfolgte einstimmige Annahme. Auch der zweite Punkt der Tagesordnung erfordert einen Geff in den Beutel der Steuerzahler. Der Preis für elektrisches Licht mußte wegen der immer mehr steigenden Unkosten von 1,10 Mk. auf 1,40 Mk. erhöht werden. Beschlossen wurde ferner, die Feuerversicherung der Gemeindegebäude um 500 Prozent zu erhöhen. Die freiwillige Feuerwehr hat einen Antrag, um Abhilfe des Wassermangels gestellt. Hierzu wird eine Kommission gewählt, die zusammen mit den Bauernräten und der Feuerwehr über Abhilfe beraten soll. In einer lebhaften Debatte kam es beim Antrag: Festsetzung des Mieterpreises für die von der Gemeinde hergestellten Wohnungen. Von sozialdemokratischer Seite wurden 200, 250 und 200 Mk. beantragt. Es muß dann immer noch die Gemeindefälle 10 000 Mk. zuzüglich. Von bürgerlicher Seite (Herr Weil) wurde ein solcher Preis verlangt, daß sich die Wohnungen netzieren. Dann wäre ein Mieterpreis von 4—500 Mk. herausgekommen. Dieses glaubten wir bei der heutigen teuren Zeit nicht verantworten zu können, da doch nur Arbeiter für diese Wohnungen in Betracht kommen. Endlich wurde dann auch unser Antrag, für den sich auch der Gemeindevorsteher Herr Hinge ins Zeug legte, einstimmig angenommen. 3. Unsere jungen Lehrer hatten um Erhöhung der von der Regierung ihnen bewilligten Aufschlagsbeihilfe gebeten. Es soll noch zunächst versucht werden, ob durch den neuen Landesauschuss nichts herausgeholt werden kann. Andernfalls wird die Gemeindefälle einbringen müssen. Das Gehalt dieser jungen Lehrkräfte ist nämlich so minimal, daß es einfach unmöglich ist, damit den Unterhalt zu bestreiten. Es beträgt mit allen Zulagen ganze 2400 Mk. Die Gemeindevorsteher brachten zum Ausdruck, daß es doch in erster Linie Sache der Regierung sei, die von ihr angestellten Beamten lo zu belohnen, daß sie nicht verhungern.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Der Vogelkändler“, Operette von Zelller. Da diese Operette zu den besten ihrer Art gehört, so ist gegen ihre gelegentliche Wiedergabe an unserer lübeckischen Bühne wenig einzuwenden. Daß sie viele Freunde im Publikum hat, bewies am Sonnabend der starke Besuch des Theaters. Die Aufführung selbst war allerdings etwas flüchtig. Man verzeihe den flotten Zug, die leichte Angewohntheit und das Aufgehen der Künstler in ihren Rollen. Sie waren wohl meistens noch neu darin, und das Gefühl der Unsicherheit beeinträchtigte ihre Leistungen, die — wie gerne zugegeben werden soll — viel guten Willen verrieten. Aber die rechte Operettenstimmung wollte weder auf der Bühne noch im Zuschauerraum aufkommen, zumal auch der nötige Humor fehlte. In den größeren Partien waren die Damen Buchholz (Briefträgerin), Hiller (Marie) und Hohenfeld (Adeleide) sowie die Herren Sabbig (Wam), Ludewig (Wep), Heimberg (Stanislaus) beschäftigt. Die Aufnahme der Vorstellung war trotz ihrer Mängel recht befällig.

Neueste Nachrichten.

Deutschland verdient Kredit.

U. Berlin, 7. Dezember. Im Sitzungssaal des Reichstages fand Sonntag eine Kundgebung des Ausschusses zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe statt. Mehrere Reichstagsmitglieder nahmen an der Kundgebung teil. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hielt eine längere Ansprache. Die Frage, ob das Reich überhaupt kreditwürdig sei, und ob die wirtschaftlich stehenden und schaffenden Kräfte im Volke eine genügende Sicherheit für Kapital und Forderungen bieten, bejahte er. Ueber die wirtschaftliche Zukunft äußerte sich der Minister sehr zuversichtlich. Das deutsche Volk lehre allmählich die Arbeit zurück. Der Prozentsatz der Arbeitslosen sei von 15 vor einem Jahre auf 2 bis 3 Prozent zurückgegangen. Auch im Außenhandel (über eine Milliarde pro Monat) sei die Auswärtsbewegung unbedeutend. Von vielen Seiten, so erklärte der Minister, werde die Wiedereinführung der Arbeitsarbeit gefordert: „Ich bin kein großer Freund der Arbeitsarbeit; aber wir dürfen jetzt nicht um Theorien streiten, wo es einzig und allein heißt: Spannung aller Kräfte. Ohne diese Spannung können wir nicht wieder vorwärtskommen.“ In einer Resolution ruft die Versammlung das gesamte deutsche Volk auf, sich mit aller Kraft für die Sparprämienanleihe einzusetzen.

Eine Steuer auf Ausfußgüter.

U. Berlin, 7. Dezember. In 14 Beamtenversammlungen, die von der Sozialdemokratischen Partei einberufen worden waren, nahm man Sonntag Stellung gegen die festschende Arbeit der Kräfte des alten Regimes im Beamtenkörper. Das Mitglied der Nationalversammlung, Stock-Helbergs, erwähnte in seiner Rede, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung herauskommen werde, die auf Ausfußgüter eine Steuer von 15 Prozent des Wertes lege. Diese Steuer werde 500 Millionen Mark einbringen, die für die Erhöhung der Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten verwendet werden sollen.

Frankreichs Pläne am Oberrhein.

U. Basel, 7. Dezember. Infolge der in den oberelbsässigen Gemeinden amtlich durch öffentlichen Anschlag ausgeführten Konzessionsbegehren für die Erhaltung des Krenbier Kraftwerkes und Ableitung von 515 Stunden-Rußmischer Rheinwässers auf einen Seitenkanal hat sich der schweizerische Bundesrat veranlaßt gesehen, bei der französischen Regierung anzufordern, was Frankreich am Oberrhein plane, und auf die steigende Beanspruchung hingewiesen, welche die schweizerische Bevölkerung wegen der französischen Pläne auf der Rheininsel Basel-Stadt ergriffen habe.

Streikentwürfe in Mantua.

U. Lugano, 7. Dezember. Die Unruhen während des Generalstreiks in Mantua waren sehr ernst. Die Stadt war am 3. und 4. Dezember völlig in der Hand der Aufständigen. Die Truppen hatten von dem Präzeden den Befehl, unter keinen Umständen zu schießen. Infolge dessen bemächtigte sich die Aufständigen des Bahnhofs, hoben die Schienen aus, klemmten das Gespinnne, bestreuten etwa 200 Zuschläger, entwaffneten viele Soldaten und verwundeten viele Offiziere, darunter den Stationsmandanten Oberst Carja, einen Major und drei Hauptleute. Zwei Waffenskläden und viele Lebensmittelkläden wurden geplündert. Am dritten Tage, dem 5. Dezember, trafen endlich Verstärkungen ein, mit dem Befehl, die Ruhe unter allen Umständen wieder herzustellen. In den Hauptstraßen wurden Maschinengewehre aufgeschoben und ein längerer heftiger Beschuss eröffnet. Die Truppen schossen jedoch in die Luft, und es gab nur einen Verwundeten. Bei den Unruhen zuvor wurden acht Personen, darunter zwei Soldaten, getötet und viele, namentlich Offiziere, verwundet. Die Unruhen erstreckten sich auch auf die Provinz. Gegenwärtig herrscht wieder Ruhe. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Beendigung des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

U. London, 7. Dezember. Aus Pittsburgh wird gemeldet: Der Beschäftigte der Ortsgruppe der Bergarbeitergewerkschaft erklärte die Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks. Man rechnete mit der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit. Die Bergleute in Granton (West-Virginia) stimmten für die Annahme des Regierungsvorschlages, wonach eine Lohnerschöpfung von 14 Prozent gewährt werden soll. Damit nahmen 1000 Mann die Arbeit wieder auf.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Durchsicht der Lübeckischen Staatsverfassung

Von mehreren Seiten ist der Wunsch laut geworden, daß über den Gang der Verhandlungen in der zur allgemeinen Durchsicht der Lübeckischen Staatsverfassung eingesetzten gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerschaft nicht erst durch den amtlichen Schlußbericht, sondern schon vorher, entsprechend dem Fortgang der Verhandlungen, der Öffentlichkeit wenigstens in allgemeinen Umrissen Kenntnis gegeben werden möge. Bei dem lebhaften Interesse, das weite Kreise an der endgültigen Gestaltung unserer Verfassung nehmen, hat die Kommission geglaubt, der Erfüllung des Wunsches sich nicht entziehen zu dürfen. Es seien daher über die bisherigen Ergebnisse die folgenden Mitteilungen gemacht, denen zu gegebener Zeit weitere Veröffentlichungen folgen sollen.

Die Kommission betraute nach Schluß ihrer allgemeinen Beratung einen Unterausschuß mit der Ausarbeitung eines Entwurfes, um diesen der Einzelberatung zugrunde zu legen. Der Entwurf wurde Mitte Oktober ds. Js. dem Plenum unterbreitet. In sechs Sitzungen hat die gemeinsame Kommission seine allgemeine Bestimmung und die von der Organisation des Senates handelnden Vorschriften (Art. 1-16) in seiner Fassung festgelegt. Dem nachstehend mitgeteilten Wortlaut seien einige kurze, auf die Hauptpunkte bezüglichen Bestimmungen hinzugefügt.

Lübeckische Landesverfassung.

Artikel 1.

Der Lübeckische Freistaat bildet unter der Benennung „Die freie und Hansestadt Lübeck“ einen selbständigen Staat des Deutschen Reiches.

Artikel 2.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird von Bürgerschaft und Senat ausgeübt.

Artikel 3.

Bürger des Lübeckischen Freistaates sind diejenigen Lübeckischen Staatsangehörigen, die das Wahlrecht zur Bürgerschaft besitzen.

Artikel 4.

Die Gemeindeangelegenheiten der Stadt Lübeck werden in gleicher Weise wie die Angelegenheiten des Staates durch Bürgerschaft und Senat als verfassungsmäßige Organe wahrgenommen.

Artikel 5.

Der Senat besteht aus vierzehn Mitgliedern. Die Mitglieder werden auf zwölf Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

Artikel 6.

Wählbar zum Senatsmitgliede ist jeder Bürger des Lübeckischen Freistaates, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat.

Artikel 7.

Die Mitglieder des Senates werden von der Bürgerschaft gewählt.

Die Vorbereitung der Wahl erfolgt durch den Wahlausschuß der Bürgerschaft. Der Senat ist befugt, in den Wahlausschuß Kommissare zu entsenden.

Die Wahl geschieht durch Abgabe von Stimmzetteln. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Wird die unbedingte Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist unter den beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, abermals zu wählen. Erhalten bei der Stichwahl beide Vorkandidaten die gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das vom Vorkandidaten zu ziehende Los.

Artikel 8.

Jede im Senate erledigte Stelle muß innerhalb vier Wochen wieder besetzt werden.

Wenn die Amtsdauer eines Mitgliedes abläuft, ist die Wahl innerhalb der letzten vier Wochen seiner Amtszeit vorzunehmen.

Artikel 9.

Eine Verpflichtung zur Annahme der Wahl zum Mitgliede des Senates findet nicht statt. Auch steht der Austritt aus dem Senate jederzeit frei.

Artikel 10.

In der nächsten nach der Wahl stattfindenden Versammlung des Senates wird das in den Senat eintretende Mitglied in Gegenwart der Bürgerschaft feierlich eingeführt und leistet folgenden Eid:

„Als neu erwähltes Mitglied des Senates dieser freien Stadt schwöre ich:

Ich will meinem Amte gewissenhaft vorstehen, das Wohl des Staates nach allen meinen Kräften erstreben, seine Verfassung getreu befolgen, das öffentliche Gut redlich verwalten und bei meiner Amtsführung, namentlich auch bei allen Wahlen, weder auf eigenen Vorteil noch auf Verwandtschaft oder Freundschaft Rücksicht nehmen. Ich will die Gelehe des Staates handhaben und Gerechtigkeit üben gegen jeden, er sei reich oder arm. Ich will auch verschwiegen sein in allem, was Verschwiegenheit erfordert, besonders aber will ich geheim halten, was geheim zu halten mir geboten wird.

Die Erfüllung einer religiösen Formel ist zulässig. Das Mitglied des Senates hat ferner den Eid auf die Reichsverfassung zu leisten, soweit es ihn nicht schon geleistet hat.

Artikel 11.

Die Mitglieder des Senates beziehen während ihrer Amtsführung die durch das Gesetz festgestellten Honorare.

Raum und in welcher Weise eine Verletzung von Senatsmitgliedern in den Ruhestand unter Gewährung eines Ruhegeldes stattfindet, sowie in welchen Fällen ein Mitglied zum Austritt aus dem Senate verpflichtet ist oder genötigt werden kann, ist durch die betreffenden Gelehe bestimmt.

Artikel 12.

Die nicht kaufmännischen Mitglieder des Senates dürfen kein Gewerbe betreiben, auch kein Nebenamt und keine Nebenbeschäftigung übernehmen, mit denen ein fortlaufendes Einkommen verbunden ist. Dem Vorstand, dem Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft dürfen sie nur mit Genehmigung des Senates angehören. Die Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einem Einkommen verbunden ist.

Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

Uebergangsbestimmung.

Hat der Senat bereits vor Erlass dieser Verfassung einem Senatsmitgliede eine Nebenbeschäftigung gestattet, so bleibt dieser Beschluß bis auf etwaigen Widerruf maßgebend.

Artikel 13.

Der Vorsitzende des Senates wird von diesem für die Dauer von zwei Jahren aus seiner Mitte gewählt und führt während dieser Amtsführung den Titel Bürgermeister.

Seine Wahl geschieht in der Weise durch geheime Abstimmung nach unbedingter Stimmenmehrheit, daß, wenn letztere nicht sofort bei der ersten Abstimmung erlangt wird, unter den beiden Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, abermals zu wählen ist.

Ergibt sich Stimmengleichheit, so ist die Abstimmung zu wiederholen. Wird auch dann keine Stimmenmehrheit erzielt, so entscheidet über die Wahl das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Die Wiederwahl des vom Vorsitz Abtretenden ist zulässig, jedoch kann derselbe, der zweimal hintereinander zum Vorsitzenden erwählt ist, nach Ablauf seiner Amtszeit nicht sofort wieder zum Vorsitzenden gewählt werden.

Scheidet der Vorsitzende während seiner Amtsführung aus dem Senate aus, so wird sein Nachfolger nur für den Rest der Amtszeit des Vorgängers gewählt.

Artikel 14.

In Verhinderungsfällen wird der Bürgermeister durch dasjenige Mitglied des Senates vertreten, das zunächst vor ihm den Vorsitz im Senate gehabt hat.

Sollte ein Mitglied des Senates, das bereits den Vorsitz geführt hat, nicht vorhanden sein, so wählt der Senat für die Dauer der Amtsführung des derzeitigen Bürgermeisters den Vertreter im Vorhinein in der für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschriebenen Weise.

Artikel 15.

Die Verteilung der Geschäfte unter den Mitgliedern des Senates (die Katslekona) findet alle zwei Jahre im Anfange des Monats Dezember statt; die Katslekona tritt mit dem Anfange des nächsten Jahres in Kraft. Es steht jedoch dem Senate frei, bei außerordentlichen Veranlassungen auch in der Zwischenzeit Veränderungen in der Verteilung der Geschäfte vorzunehmen.

Die Katslekona beginnt mit der Wahl des Bürgermeisters. Dann treten der Bürgermeister, der zu seinem Amtsnachfolger Gewählte und drei Mitglieder des Senates, welche dieser zuvor mittels unbedingter Stimmenmehrheit erwählt hat, zusammen.

Diese fünf Personen bestimmen, nötigenfalls nach Stimmenmehrheit, die Verteilung der Geschäfte sowie den Vorsitz in den einzelnen Behörden. Die Katslekona ist öffentlich bekannt zu machen.

Artikel 16.

Der Antrag, einem Mitgliede des Senates das Vertrauen zu entziehen, bedarf der Unterschrift von wenigstens 20 Mitgliedern der Bürgerschaft und ist eine Woche vor seiner Beratung der Bürgerschaft und dem Senate schriftlich mitzuteilen. Der Antrag gilt als angenommen, wenn er die Mehrheit von zwei Dritteln der Bürgerschaft auf sich vereinigt.

Die Bestimmungen, auf denen die ganze Verfassung sich aufbaut, sind in Artikel 2 enthalten. Der neuen Reichsverfassung entsprechend, erklärt er, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Diesem Grundgedanken folgt der zweite Satz, daß die Staatsgewalt von Bürgerschaft und Senat ausgeübt wird. In denknappster Form wird damit die durch die Revolution herbeigeführte staatsrechtliche Wandlung einerseits und andererseits der Grundgedanke verknüpft, daß in Lübeck die koordinierte Stellung der beiden Staatskörper beibehalten worden ist. Vorangestellt ist die Bürgerschaft, weil sie vom Volke gewählt ist und ihrerseits den Senat zu wählen hat.

Die Einzelvorschriften über die gemeinsame Wirksamkeit beider Staatskörper und die einem jeden von ihnen zugewiesenen Befugnisse sind dem folgenden Abschnitt der Verfassung vorbehalten. In denknappster Form wird damit die durch die Revolution herbeigeführte staatsrechtliche Wandlung einerseits und andererseits der Grundgedanke verknüpft, daß in Lübeck die koordinierte Stellung der beiden Staatskörper beibehalten worden ist. Vorangestellt ist die Bürgerschaft, weil sie vom Volke gewählt ist und ihrerseits den Senat zu wählen hat.

Die Einzelvorschriften über die gemeinsame Wirksamkeit beider Staatskörper und die einem jeden von ihnen zugewiesenen Befugnisse sind dem folgenden Abschnitt der Verfassung vorbehalten. In denknappster Form wird damit die durch die Revolution herbeigeführte staatsrechtliche Wandlung einerseits und andererseits der Grundgedanke verknüpft, daß in Lübeck die koordinierte Stellung der beiden Staatskörper beibehalten worden ist. Vorangestellt ist die Bürgerschaft, weil sie vom Volke gewählt ist und ihrerseits den Senat zu wählen hat.

Bei der Beratung des Artikels 5 hat die Mehrheit der Kommission sich dahin entschieden, sowohl die Verjährbarkeit der Amtsdauer (12 und 6 Jahre) als auch die Vorschrift über die Zusammenlegung des Senates (4 Rechtsgelehrte unter den auf 12 Jahre gewählten Mitgliedern) ganz zu beibehalten. Dabei wurde allerdings anerkannt, daß aus Gründen des Staatswohls im Senate die Arbeitslast von Rechtsgelehrten ebensowenig wie die Erfahrung und der Weitblick von Großkaufleuten zu entbehren sei. Der Senat wird daher nach dem Vorschlage der ersten Lesung aus vierzehn auf die Dauer von 12 Jahren zu wählenden Mitgliedern bestehen.

Unter dem die Wählbarkeit in den Senat betreffenden Artikel 6 ist die Bestimmung über den Ausschluß der in nahen verwandtschaftlichen oder geschäftlichen Beziehungen zu einem Senatsmitgliede stehenden Personen von der Wahl als entbehrlich gestrichen.

Die erst durch die Teilrevision der Verfassung vom letzten Winter festgelegten Bestimmungen des Artikels 7 über das Wahlverfahren haben infolgedessen eine Abänderung erfahren, als die Vorbereitung der Wahl nicht mehr einer eigens hierfür einzusetzenden Kommission, sondern dem schon im Verfassungsentwurf vorgesehenen allgemeinen Wahlausschuß der Bürgerschaft übertragen wird, den füglich auch die Obliegenheiten der „Wahlbürger“ übertragen werden können.

Eine Abänderung stellt ferner die Vorschrift des Artikels 10 über die Eidesleistung dar. Zwar ist der Wortlaut der Eidesformel und der Eidesformel der alten Verfassung beizubehalten, in Anbetracht an die Reichsverfassung (Art. 42, Eid des Reichspräsidenten) ist aber der Eingang: „Gelobe ich und Schwöre ich zu Gott“ abgeändert in: „Schwöre ich“, und der Schlußsatz: „So wahr mir Gott helfe!“ gestrichen. In folgerichtiger Weise ist die Bestimmung, die denjenigen, der die eidesrechtliche Verpflichtung des Eides nicht annehmen will, die Ablegung eines gewissen Gelübdes gestattet, dahin abgeändert, daß die Hinwendung einer religiösen Beterung für zulässig erklärt wird. Ergänzt ist der Artikel ferner durch die Vorschrift, daß das neuere Wahlverfahren auch auf die Reichsverfassung zu beziehen ist, sofern er nicht bereits diesen Eid geleistet hat.

Die neue Fassung des Artikels 12 beruht auf der Erwägung, daß mit Rücksicht auf die Abänderung der Bestimmungen über die Zusammenlegung des Senates (Artikel 5) nurmehr hinsichtlich der Befugnis, ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung zu führen, nur zwischen kaufmännischen und nichtkaufmännischen Mitgliedern unterschieden werden dürfte.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Heeler.

55. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Anna konnte kaum einen Bissen hinunterwürgen. Nach dem Essen wollten Denny und Bert noch ein Konzert besuchen. Anna sagte, sie hätte Kopfschmerzen und würde sich schlafen legen. Als die anderen fort waren, schlich sie leise die Treppe hinauf und lauschte an Lottes Tür. Sie hörte unbedeutliches Schluchzen. Sie trampfte die Hände zusammen und wand sich vor Scham. Sollte sie nicht hineingehen, um, als wäre nichts geschehen, und ihre Tochter fragen, warum sie nicht zum Essen gekommen war? War es nicht das Beste, wenn sie selbst eine Aussprache herbeiführte und ruhig die Sache als etwas Unbedeutendes, als einen harmlosen Scherz erklärte? Aber sie hatte keinen Mut. Sie schloß sich schuldig, bebend in der Seele dieses Kindes. Sie war zu feige, den Blick dieser Augen zu ertragen. ... Und während sie zusammenzuckte bei jedem leisen Ton, der aus dem Zimmer drang, wurde ihr klar, daß es jetzt nicht mehr ein nichtiger Schatten war, den sie fürchtete, nicht mehr bloß die Ahnung von kommenden Unheil — jetzt hatte der Verführer einen Stellvertreter gefunden. Immer würde die Nähe dieses Kindes sie stören und ihr den Mut zur Sünde nehmen. Aber sie konnte es ja fortjücken! Sie konnte Lotte bestimmen, wieder nach Eisenach zurückzuführen. Dann wäre sie frei los. Aber stand sie damit nicht alles ein? Sagte sie damit nicht, daß in diesem Hause Dinge vorgingen, die ein anständiges Mädchen nicht sehen durfte? ... Sie fühlte, daß sie diese Schamlosigkeit nie begreifen würde. Aber was tun? Wie würde sie morgen dem Kind unter die Augen treten? Sie biß sich auf die Lippen und konnte zu keinem Entschluß kommen. Schließlich als sie Schritte auf der Treppe hörte, eilte sie in ihr Zimmer. Dann an Schlaf zu denken, sah sie noch Stunden wach. Endlich schrieb sie an Bert einen Brief. All ihre verzweifelte Liebe, die ganze Glut ihrer durstigen Sinne strömte sie in diese Zeilen. Aber auch ihre Scham, ihre Angst, ihre Verzweiflung. Sie gehand ihm, daß sie bereit gewesen war, ihm alles zu geben. Aber sie hat ihn zugleich, nie wieder zu kommen. Um des Friedens ihrer Seele willen sollte er das Haus meiden.

Lotte lag in ihrer Kammer und preßte den Kopf in die Kissen, damit man ihr Schluchzen nicht hörte. Was sie erlebte, hatte ihre Seele getroffen wie der Steinwurf eine Spiegelscheibe. Es war in ihr etwas zerbrochen, was kein Mensch, keine Hilfe von oben, keine noch so lange Zeit wieder ganz machen konnte. Mit ihren achtzehn Jahren noch ein halbes Kind, aufgewachsen in dieser unschuldigen Atmosphäre, die eine vom Leben zurückgegangene frante Frau verbreitet, hatte sie nichts erfahren von den Abgründen und stinkenden Gräbern des Lebens.

Wie hatte sie ihre Mutter geliebt! In diesem Bewußtsein zwischen ihrem Vater und seiner jungen Frau hatte sie für die fremde Partei ergriffen. Sie machte sich Vorwürfe darüber, aber sie konnte nicht anders. ... Nur hatte sie das gesehen! Ihre Mutter in den Armen eines fremden Mannes! Ihre ganze Würde, ihre Keuschheit empörte sich dagegen. Sie, die seit einigen Monaten selbst liebte, die dies Gefühl aber verbarg im allerstiefsten Winkel ihres Herzens, die diese unschuldige Zuneigung, dies reine Denken an den Einen schon für etwas Unerlaubtes hielt und sich deswegen Vorwürfe machte, sie hatte ihre Mutter gesehen, wie sie den Kopf des Mannes mit ihren Händen umpreßte und ihren Mund an seinen drückte. Ihre Mutter hatte das getan, die sie immer angebetet hatte, die ihr als die Vollkommenheit in jedem Dinge erschienen war! ... Und ihr Vater sah im Irrenhaus. Noch keine zwei Monate waren vergangen, daß man ihn fortgebracht hatte. Vielleicht hatte er gewußt, was sie trieb, und das hatte ihm den Verstand geraubt! Und die anderen hatten es auch gewußt und hatten es doch zugelassen. Niemand war aufgetreten und hatte dieser Schande ein Ende gemacht. Und sie, sie wußte nun auch davon. Mein Gott, was sollte sie tun? War es nicht ihre Pflicht, gegen ihre Mutter aufzutreten? ... Aber sie fühlte sich ihr entrückt, fremder als irgend einem Menschen. Sie fühlte, daß sie kein Wort mehr zu ihr sagen könnte, daß der Efel ihr die Kehle zuschnüren würde. Und doch wußte sie etwas tun. Sie konnte doch nicht ruhig zusehen! Aber nirgendwo wußte sie Rat, nirgendwo Rettung. Sie war verlassen, sie hatte keinen Menschen, dem sie sich anvertrauen konnte, und doch fühlte sie, daß sie zu schwach war, um dies Kurzbare allein zu tragen.

Während sie in die Kissen biß, während ihr junger Körper von immer neuen Schmerzen erschüttert wurde, und heiße Tränen aus ihren Augen flüßten, strömte von draußen die Sommerhitze ihre laue Kühlung, ihren Sternenschimmer herein. Ein leiser Wind hatte sich aufgemacht, am Horizont glommen rote Streifen herauf, in den Räumen wisperte es von ersten Vogelstimmen, aus der Ferne verkündete ein Hahn mit immer neuen Ruf, daß bald der Morgen anbrach, aber das junge, bis ins Innerste erschütterte Menschenkind konnte noch immer keinen Frieden finden.

Am nächsten Morgen lag Anna ihre Tochter beim Frühstück wieder. Frau Regierungsrat war schon damit beschäftigt, ihren Hund zu füttern. Die beiden lagen sich gegenüber. Sie wechselten kein Wort. Anna versuchte an Lottes Gesicht zu lesen, was in ihr vorging. Sie war blaß und scheu. Als ihre Mutter das Wort an sie richtete, zuckte sie zusammen. Sie stammelte eine kurze Antwort, dann trank sie ihren Kaffee aus und verließ das Zimmer. Mehrere Tage vergingen, bei jedem Zusammensein erwartete Anna, daß irgend ein Wort fallen würde, welches zu einer Auseinandersetzung führte. Schließlich als sie eines Morgens mit Lotte allein war, ermannte sie sich und fragte:

„Was fehlt dir eigentlich? Du bist seit ein paar Tagen so londerbar.“

Lotte saß auf, am ganzen Körper bebend. Sie rang nach Worten, aber in wilden Strömen flüßten ihr die Tränen aus den Augen. Ohne etwas zu erwidern, eilte sie hinaus. Anna folgte ihr, aber auf der Treppe hörte sie, wie ihre Tochter die Tür hinter sich zuschloß. Sie biß sich auf die Lippe. Dieser unglückselige Versuch hatte das ganze Verhältnis nur noch unergiebiger gemacht.

Lotte war seit dem Abend vollkommen hofflos. Der Boden, auf dem sie gestanden, war ihren Füßen entzogen. Sie taumelte von Verzweiflung zu Verzweiflung. Sie war noch so an Autorität gewöhnt, so gewohnt, sich anzulehnen, daß sie nicht selbständig handeln konnte. In den ersten Tagen hatte sie beschloßen, nach Eisenach zurückzuführen. Aber während ihr in Wirklichkeit vor dem Einbürgerleben bei der alten fränkischen Frau graute, bildete sie sich selbst als Grund ihres Lebens ein, daß sie ihre Mutter überreden mußte. Und aus dieser Zeit ihres Lebens kam sie am liebsten zurück zu einem Menschen, welches das aknerntlichste aber auch das allerwertvollste war: sie wurde krank. Jedem, der ihr irgend was sagte: Frau Düsselbach, Lebewohl oder seiner Frau, ihrer Mutter, schleuderte sie einen Blick zu, der aussprach: Wer bist du? Was fällt dir ein? Ihre inneren Qualen äußerten sich als Unausstehlichkeiten. Sie wurde unheimlich, ein Kreis für die ganze Familie. Man konnte ihr sagen, was man wollte, sie hatte immer einen Widerspruch. Sie ging nicht mit spazieren, beteiligte sich an keinen gemeinsamen Vergnügungen, kam zu spät zu Tisch oder gar nicht und tat nur das, was sie wollte. Anna war ihr gegenüber von einer fast demütigen Rücksicht. Aber die Verwandten waren anderer Meinung. Diesem unheimlichen, pathigen Ding mußte einmal ordentlich der Kopf gewaschen werden, damit es Bescheidener lernte. So kam es manchmal zu den furchtbarsten Reibereien, bis Lotte schließlich einsprang und trachtete die Tür zuzuschließen.

Seit zwei Wochen hatte Anna ihren Freund nicht wiedergesehen. Sie litt unglücklich. Das Leben, das eben so glänzend begonnen, hatte all seine Freuden verloren. Sie rang nutzlos mit ihrer Angst, ihren dunklen Vorstellungen, sie fühlte sich verworren und lachte sich zugleich höhnisch aus, daß sie sich mit Gewissensbissen plagte, wo sie die Sünde gar nicht begangen hatte. Eines Abends aber traf sie Bert in einer Gesellschaft bei ihrem Schwager. Holleber, der wütend auf sie war, benahm sich kühl und schien sie vollständig zu übersehen. Das peinigte sie nur noch mehr. Beim Rückhauseweg gingen die beiden miteinander. Sie fragte ihn, wies ihm ginge?

„Wie's mir geht? Komische Frage! Was ich ausgestanden habe, möchte ich meinem Hunde nicht gönnen. In den nächsten Tagen sollte ich ab.“

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 8. Dezember.

Von den Bestimmungen des folgenden Artikels weiß der vierte Absatz eine Veränderung auf. Bekanntlich schloß die Verfassung des Jahres 1848 die Wiederwahl des abtretenden Bürgermeisters aus, so daß nur eine zweijährige Amtsdauer bestand. Im Gegensatz hierzu läßt die bestehende Verfassung seine jedesmalige Wiederwahl zu. Die gemeinsame Kommission vertritt die Ansicht, daß eine unbeschränkte Wiederwahl nicht im Interesse des Staates liegt, und schlägt deshalb einen Mittelweg vor, indem sie bestimmt, daß der zweimal hintereinander zum Vorstehenden Erwählte nach Ablauf seiner Amtszeit nicht sofort wieder wählbar ist.

Im übrigen sind die bewährten Grundzüge der alten Verfassung über die Ratssetzung beibehalten; nur am Schluß ist die Vorschrift, daß die Ratssetzung in der nächsten Vorversammlung des Senates zu verhandeln ist, als eine innere Angelegenheit des Senates fortgelassen.

Den Artikel 16 der bisherigen Verfassung: Die Protokollführung im Senate und die Leitung der Senatsangelegenheiten ist Sekretären, die Aussicht über das Staatsarchiv einem Archivar übertragen. Ihre Wahl steht dem Senate zu. Hat die Kommission gefassten, weil sie der Meinung ist, daß der erste Satz in der Geschäftsordnung des Senates gefassten, der zweite Satz aber überflüssig sei, denn alle Beamten werden vom Senate gewählt.

Die als neuer Artikel 16 hinzugefügte Bestimmung über die Möglichkeit, dem einzelnen Senatsmitgliede — nicht dem gesamten Senate — das Vertrauen der Bürgerschaft zu entziehen, beruht auf dem im Artikel 17 der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundsatze „Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung“, den die Mehrheit der Kommission unter bestimmten Vorbedingungen (Einbringung des Antrages durch wenigstens 30 Mitglieder, Erfordernis einer 2/3-Mehrheit für die Annahme des Antrages) in der Verfassung zum Ausdruck zu bringen wünschte.

Vorbehalten bleibt die Stellungnahme der Kommission zu der Frage der „zivilrechtlichen Verantwortlichkeit des Senates und der Behörden“. Nachdem der Senat dem an ihn von der Bürgerschaft gerichteten Ersuchen, entweder eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu bringen, oder die Gründe, aus denen er abstehe von der Einbringung solcher Vorlage abzusehen zu müssen, der Bürgerschaft ausführlich darzulegen, mit Dekret vom 27. November 1915 (Drucksache 1915 Nr. 19) im letzteren Sinne nachgekommen und damit der Gegenstand zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist, ersucht die Kommission es für notwendig, diese Frage zum Austrag zu bringen und damit jedenfalls die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Senatoren in der Verfassung zu verankern.

Dr. Br.

Ein Elässer als französischer Minister

Der neue französische Arbeitsminister ist aus der Reihe der Elässischen Demokraten genommen worden. Es ist der Fabrikant Jourdain aus Elzach, der am 16. November zum Abgeordneten des Oberlandes gewählt wurde. Charles Maurras von der „Action Française“ vertritt, daß die Ernennung dieses Elässers zum Arbeitsminister weniger auf seine besondere Eignung für dieses Amt zurückzuführen ist, als auf das politische Motiv, Elässer in die Regierung zu bringen, die an eine gute Verwaltung gewöhnt gewesen seien, unter der schlechten Wirtschaft und „Verwaltung“ des Mutterlandes leiden. Das Selbstbild sieht Maurras in der Verwirklichung „provinzieller Freiheit“, wie sie von Joffre und von Clemenceau wiederholt versprochen worden sei.

Maurras meint demnach die Autonomie Elässer-Lothringens im Rahmen Frankreichs als die einzige Möglichkeit zu betrachten, ein erträgliches Verhältnis zwischen dem „Mutterland“ und den beiden zurückgebliebenen Töchtern Elzach und Lothringen herzustellen. Herr Jourdain ist auf das Programm des „nationalen Blods“ gewöhnt, daß trotz des Beschlusses zu Frankreich extrem partikulärisch ist. Es wartet seiner daher die schwere Aufgabe, diesen für Frankreich unerhörten radikalen Partikulärismus Elässer-Lothringens im Ministerium zur Geltung zu bringen, ohne daß das Interesse der „einigen und ungeteilten Republik“ zu kurz kommt.

Frankreich aber wird es im Augenblicke trotz Herrn Maurras mehr darauf ankommen, den Elässern durch Berufung eines der Ihren ins Pariser Ministerium wieder etwas Zusatzen zu reichen, als erträglich zu versuchen, die formalen Versprechungen seiner Wortführer zu halten. Jedenfalls besteht zwischen dem, was die wirklichen Elässer als provinzielle Autonomie verstehen, und dem, was die Franzosen allenfalls zugestehen geneigt sind, ein Gegensatz, der zwar leicht in der Idee, aber kaum in Wirklichkeit ausgeglichen werden kann.

Gegen den Betriebsräte-Gesetzentwurf sprach sich der Lübecker Industrie-Verein aus. Der Vortrag des Syndikus Dr. Schneider war ganz auf die Verkleinerung der Regierungstätigkeit und der Arbeiterschaft zugeschnitten. Es wurde, nach dem Bericht bürgerlicher Blätter, u. a. behauptet: die sozialistischen Minister und ihre Unterstaatssekretäre wüßten sehr gut, daß die Arbeiterschaft sich noch stets gegen jede technische Verbesserung des Betriebes gestäubt hätte. Diese Behauptung ist ein bewußte Unwahrheit. Die aufgekärte sozialistische Arbeiterschaft bekämpft jeden Fortschritt, auch den technischen. Weiter heißt es dann: „Wenn man sich die Leute einmal ansehe, die seit der Revolution in Deutschland die Gesehe machen, so müßte man sagen: Du lieber Gott! Von Erfahrung und Sachkenntnis keine Spur!“ Indessen liegen sich die Herren sozialistischen Minister und Unterstaatssekretäre darüber keine großen Haare wachsen, denn in ihrem Herzen hoffen sie, in jeien zweifellos davon überzeugt, daß aller Ansturm des Rätechaos und manche andere „Erzwingenschaft der Revolution“ dazu recht bald wieder verschwinden werden. Den sozialistischen Ministern stehe aber die Partei über das Reich und Vaterland. Nachdem diese elenden Verleumdungen verlesen waren, wurde nachfolgende Entschöpfung einstimmig angenommen: „Der Lübecker Industrie-Verein erkennt die Notwendigkeit an, daß die deutsche Wirtschaft entpolitisiert und die Mitwirkung an der wirtschaftlichen Gesehebung einem Reichswirtschaftsrat übertragen werde. Ganz besonders eracht ich diese Notwendigkeit aus der jetzigen Entwicklung des Betriebsräte-Gesetzentwurfes, bei welchem wirtschaftliche Notwendigkeiten parteipolitischen Gesichtspunkten geopfert worden sind. Der Lübecker Industrie-Verein schließt sich dem Protest des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung sowie der Forderung an, daß die ganze Materie dieses Gesetzes dem zu bildenden Reichswirtschaftsrat zur Prüfung zu unterbreiten ist.“ — Der Barock dieser Herrschaften geht wiederum, wie notwendig ein geschlossenes Eintreten der Arbeiterschaft für ihre Rechte ist. Der Meinheitsgeist der Schloßherren muß ein Ende gemacht werden.

Neue Kartoffelarten werden vom Mittwoch, dem 10. ds. Mts., an ausgereicht. Wäres über Ort und Zeit der Ausreife enthält die allseitig erhaltene Bekanntmachung. Vom gleichen Tage an können auch die neuen Kartoffelvarietäten gegen Kartoffelarten mit Wachsenabschnitten umtauscht werden. Die Kartoffelvarietät A kann auch über den 15. ds. Mts. hinaus bis auf weiteres noch mit 150 Pfund Kartoffeln beliefert werden. Wer also seinen Wintervorrat noch nicht eingenommen hat, kann dies in der nächsten Zeit nachholen. Die Winterbelieferung wird eingeleitet, sobald kältere Witterung eintritt oder die Anzeichen nachlassen. Der Austausch der neuen Kartoffelarten wird auch nach Beendigung der Hauptausgabe voranommen werden und zwar vom 15. ds. Mts. an in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13 I, werktäglich von 8—3 Uhr.

Bei den Eisarbeiten in der Rakeburner Allee ist es, wie uns berichtet wird, notwendig, daß wenigstens dort, wo die Arbeiten vorüber sein werden, eine Postkammer angebracht wird. Wenn man des Morgens zu seiner Arbeit geht, muß man immer in der Angst leben, daß man nicht mit heißen Gliedern davonkommt.

Aktion, Oberbürgermeister. Im Interesse einer für uns günstigen Abstimmung in Oberschlesien ist es notwendig, daß sich auch die hier wohnhaften Oberschlesier mit der Krone der Abstimmung über ihre Heimatangelegenheiten näher befassen. Die Abstimmung findet wahrscheinlich im nächsten Jahre statt. Die Arbeiten zur Erfassung aller Abstimmungsberechtigten Oberschlesier in Deutschland und im Ausland haben mit Zustimmung der Reichsbehörde die „Provinzialen Verbände reichstreuere Oberschlesier“ in Breslau übernommen. Es handelt sich um mehrere Hunderttausende Oberschlesier, die außerhalb des Regierungsbezirks Oppeln wohnen. Auch die im Preussischen Staatsgebiet wohnenden Oberschlesier dürfen nicht zurückbleiben, wenn es gilt, das Land, wo ihre Wiege ruht, vor den Polen zu retten. Wie stimmberechtigter Oberschlesier werden gebeten, zu einer am Mittwoch, dem 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant „Sanktollern“, Hübstraße Nr. 17, stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Auch die in den angrenzenden nichtpreussischen Staatsgebieten wohnenden stimmberechtigten Oberschlesier sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Zur Enteignung von Grund und Boden. Man schreibt uns: Recht eigenartige Ausführunge machten — soweit man aus den bisher nur gekürzten Wiederabenden der Reden in der Tagespresse entnehmen konnte — die Bürokratiebeamten der Senf. Dr. Richter und Demokraten, die diesen zustimmten, bei Gelegenheit der Enteignung von Grundflächen. Der Senat hatte eine Entschöpfung von 100 Prozent über den letzten Friedenspreis vorzusehen. Das schien den Rednern zu wenig! Zwar ist es zu billigen, daß die Betroffenen für Schäden entschädigt werden; aber den gesunkenen Geldwert als Grund für eine noch höhere Entschöpfung zu denken, ist denn doch gewagt. Wenn am 1. Juli 1914 ein Grundstück für 100 000 Mark kaufte, belastet mit 95 000 Mk. Hypo-

thekese, soll er bei Enteignung nach Mätung dieser Redner mehr als 200 000 Mk. erhalten. Wie soll er sich aber nach ihrer Meinung zu den Hypotheken stellen? Soll er seinen Gläubigern auch „wegen des gesunkenen Geldwertes“ mehr als 100 Prozent zu den 95 000 Mk. zulegen? Oder soll er ganz alleine für den gesunkenen Geldwert entschädigt werden? In dieser Richtung werden die Redner ihre Ausführungen bei der zweiten Sitzung wohl noch ergänzen müssen, denn aufsteigend hat nur die sozialdemokratische Fraktion ihren Ausführungen nicht beigepflichtet. Eine schwerwiegende weitere Frage an die bürgerlichen Parteien drängt sich hierbei auf: wenn „wegen des gesunkenen Geldwertes“ die Grund- und Gebäudesteuer entsprechend dem gestiegenen Wert des Bodens und der Häuser erhöht werden soll — werden sie sich dann auch dafür einsetzen, daß die Steuer um mehr als 100 Prozent erhöht werden soll? — Vielleicht legt sich aber ein nachdenklicher die Frage vor: ist es gut, daß das Privateigentum an Grund und Boden, das uns solche Zustände bereitet, bestehen bleibt? oder ist es vielleicht besser, die sozialdemokratische Forderung der Verstaatlichung des gesamten Bodens Tat werden zu lassen?

Dem Einigungsamt für Hausangestellte wurden während seines zweimonatigen Bestehens 44 Fälle unterbreitet. Die Mehrzahl der Streitigkeiten konnte geschlichtet und eine Reihe betriebliegender Versuche erzielt werden. In den weitaus meisten Fällen wurde die Sprechstunde des Einigungsamtes von Hausangestellten aufgesucht. Anlaß zu Streitigkeiten gibt nach wie vor die vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses. Dringend muß gewarnt werden, sich hierin zu übereilen, denn derjenige, der zu Unrecht seine Stellung verläßt, oder seine Hausangestellte fortstößt, kann zu Schadensersatzansprüchen herangezogen werden, die Anlaß zu unerquicklichen Verhandlungen und Kosten geben. Das Einigungsamt steht zur Auskunfterteilung, zur Vermittlung, bei Streitigkeiten zu Vergleichsverhandlungen während der Sprechstunden vormittags zwischen 10—12 Uhr im Wohlfahrtsamt, Zimmer 23 zur Verfügung. Mehrfach erörtert wurde die Frage der Weihnachtsgeschenke. Hierbei wurde zugegeben, daß ein Recht auf beratige Geschenke nicht besteht, und daß streng genommen eine besondere Vergütung zu Weihnachten dem Geiste der Zeit widerspricht. Dennoch würde man es nicht verfehlen, wenn sich die Hausfrau da, wo auch nur einigermaßen betriebliegender Leistungen zu verzeichnen sind, der schönen Gepflogenheit, ihre Hausangestellten am Weihnachtsabend den Verhältnissen entsprechend zu beschenken, entziehen würde.

Angrenzende Gebiete.

Landesausschuss für die Provinz Lübeck.

s. Eutin, 6. Dezember. Die Beratungen über die Anschließfrage wird fortgesetzt. Wenn der Erfolg der Zahl der Reden entspricht, dann muß nur Gutes herauskommen. Alle Fraktionen beteiligten sich lebhaft, obwohl man die Sache nicht als eine politische, sondern als eine volkswirtschaftliche betrachtet und behandelt. Ingenommen wird ein Antrag Steinhoff, sofort die Staatsregierung zu ersuchen, sogleich mit den Regierungen von Preußen und Lübeck wegen des event. Anschlusses an einen dieser Staaten in Unterhandlungen zu treten und den Landesvorstand über den Stand der Verhandlungen auf dem laufenden zu erhalten. Hochpolitisch werden die Verhandlungen wieder, als ein demokratischer und ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht werden, um Mitarbeiter aus dem Volke in die Beamtenschaft des Landesverbandes hineinzubauen. Ehlers-Saatenhof berührt wegen der Wohnverorgung, hat allerdings auch Bedenken hinsichtlich der Milchverorgung. — In der Nachmittags-sitzung gibt die Wrensböder Weierische Urache zu gereizter Stimmung. Gen. Glöe sagt den Erzeugern einige recht schöne Schmeicheleien und droht mit Schloß und Knecht für die Herren. Der Einbau von einem Erzeuger und einem Verbraucher als Mitarbeiter in den Landesverband erhöht die Gemüter sehr. Der sozialdemokratische Antrag wird natürlich abgelehnt, der demokratische angenommen. Unser Antrag lautet: „Landesausschuss wolle beschließen, um die Ernährung der Bevölkerung auf breiterer Grundlage zu regeln, die Beschaffung von Nahrungsmitteln in jeder Weise zu fördern. Um die Erzeugung und das Mitbringen in den Kreisen der Verbraucher sowie der Erzeuger zu überbrücken, und in Zukunft zu vermeiden, soll von Seiten der Erzeuger sowie der Verbraucher je eine Person als ständiger Mitarbeiter bestellt werden und zwar solange, bis die Schwierigkeiten der Ernährung der Bevölkerung überwunden sind. Sozialdemokratische Fraktion. S. M. O. Glöe.“ Es wird auf Beschluß ein Ausschuss eingesetzt, der die Anschließfragen prüfen soll, die gegen den Generalrat Christmann und den Arbeiterrat erhoben sind. Der Präsident erklärt, dieser Ausschuss sei für die Person Christmann nicht kompetent. (§ 31 h. Staatsverf.) Es werden in den Ausschuss gewählt: Hehrmann, Hattenbach und Vörs. Zum Schluß wurde die Frage erörtert, ob der Beschluß des alten Landesvorstandes aufrecht erhalten bleiben soll, dem Arbeiterrat noch vier Wochen nach seinem Abtreten sein Gehalt weiter zu zahlen oder nicht. Der Ausschuss beschließt im bejahenden Sinne.

Da drühte sie ihm den Schlüssel, um den er sie so oft gebeten hatte, in die Hand.

„Ach einer Weise sagte sie hinzu: „Mir ist alles gleichgültig. Auch die Schande vor dem Kind.“ Die Leidenschaft, von der sie von Jugend auf besessen war, die man nicht gelümmert, die sie aber nie ganz verlassen, hatte sie jetzt endlich übermannt. Und von dem Augenblicke an, wo sie sich ihr hingab, lebte sie wie in einem Rausch, sah alle Dinge wie in einem Nebel. Die Verwandten hatten jetzt leichtes Spiel mit ihr. Sie lagte zu allem ja, kimmerte sich kaum noch um geschäftliche oder Haushaltungsangelegenheiten und lebte nur noch ihrem Vergnügen. Die wahren Herzen im Hause waren ihre Schwester und Beweis, und vor allem ihre Mutter.

Herrmann, der in Grafenberg wegen der Nähe Düßeldorfs allzu leicht Gelegenheit zur Flucht finden konnte, wurde auf Wunsch der Leige nach der Reichsberger Anstalt am Oberseein gebracht. Wegen unheilbarer Geisteskrankheit wurde er entmündigt, und Beweis zum Vormund eingesetzt. Es war ein feierlicher Augenblick, als der Herrmann diese Aufgabe seiner Schwägerin in aller Gegenwart mitteilte. Indem er Anna die Hand schüttelte, lagte er mit einer Stimme, in deren Wiederhall allein schon papillarische Stiche lag:

„Wie ich dein Mann gegen mich benommen hat, daß er mit wegen der Lampigen paar tausend Mark mit dem Gerichtsvollzieher gedroht hat, das soll von nun an vergehen sein. Ich danke dir für dein Vertrauen, Anna. Ich will mich keines Vermögens annehmen, als was es mein eigenes wäre.“

„Ja, na!“ warf Anna ein. „Dummes Zeug!“ brummte er. „Heber solche Vertrauensverhältnisse macht man keine feinen Witze. Sei versichert, ich werde dafür sorgen, daß das Fittchen über dem i und der Bogen über dem u in Richtung ist. So lange ich da bin, soll auch kein Pfennig in unrichtige Hände kommen.“

Anna dankte ihm und versicherte, daß sie volles Vertrauen in ihn habe. Er war nun unermüdlich dabei, „Ordnung in die gänzlich verfallenen Verhältnisse zu bringen“. Die Vermögensaufstellung war schwierig, weil keine Aufzeichnungen vorhanden waren. Er ließ bald zum Notar, bald zum Gericht, bald zum Gericht und versicherte über diese Angelegenheit wochenlang keine eigenen Gebärde.

Aber eine jehemal so rege, wenn auch andernfallsere Geselligkeit entwickelte Frau Regierungsrat, die schon frühzeitig, wenn die anderen noch schliefen, auf war, rechnete, notierte, die Buchhalterin war. Briefe schrieb und empfing und Verhandlungen mit Berliner Bankhäusern anknüpfte, von denen niemand wußte. Sie hatte eine solche Fähigkeit erlangt, ihres Schwiegermutter Handarbeit nachzuahmen, daß er selbst sie kaum noch hätte erkennen können.

Anna ahnte wohl, was ihre Mutter trieb. Sie wußte, daß sie den auf der Subpelter Bank liegenden Vermögensanteil verheimlicht hatte. Aber sie wollte den Dingen nicht näher auf den Grund gehen. Sie schloß freiwilg die Augen. Ein kaltes Grauen kam sie an, wenn sie nur daran dachte. Sie ging in ihrer Leidenschaft auf und führte im übrigen ein kuratilles Leben, das enorme Summen verflachte. Da sie ihren Geliebten aus Furcht vor Lotte nur in aller Heimlichkeit sehen konnte, beschloß sie die beiden zu verzeihen. Im August ging Anna mit ihrer Schwester und deren Kindern nach Schemenigen. Bert folgte den Damen kurze Zeit darauf. Lotte wurde nach Eilenach geschickt. Frau Düsbach war die einzige, die im Hause zurückblieb. Dehwig verlor, alle Tage nachzugehen, ob seine Schwiegermutter noch am Leben sei. Aber er war meist auf Touren unterwegs.

In dieser Zeit des Kleinlebens richtete die Alte sich häuslich in Horstmanns Zimmer ein. Niemand durfte sie dort stören. Es war dem Mädchen nicht einmal erlaubt, das Zimmer zu reinigen. Die stets geschlossenen Fensterscheiben wurden blind, dieser Staub bedeckte die Möbel. Auf dem Sofa lag der Hund, der sich vor Zeit und Alterschwäche kaum noch rühren konnte. Er blinzelte schlaftrig aus seinen hervorquellenden träben Augen und verbeizete einen solchen Gestalt, daß es in dem Raum wie in einer verwahrlosten Hundehütte roch. Vor dem Schreibtisch aber, auf demselben Platz, wo Horstmann immer gesessen, hockte die Alte mit ihrem Kagenbüchel, laute sich auf den Nägeln und grübelte über ihre Spekulationen nach. Wie sie so dafak, in dem hässlichen Schlotter, mit ihrem wellen, grauen Gesicht, in dessen Furchen das oberflächliche Wachsen noch flebrige Subreste zurückgelassen hatte, hätte man sie für einen ausgetrockneten, alten Fuchshalter nehmen können, der nichts mehr vor sich sieht, als erblöse Zahlenreihen. Der Gedanke an das Vermögen, dessen sie sich bemächtigt hatte, indem sie Horstmanns Unterschrift fälschte und die Papiere auf Annas Namen kommen ließ, machte sie bald wahnhaftig. Sie karrte sich in die waghälligen Spekulationen. Jeden Tag gab sie ihren Besizers neue Ordres. Abergläubisch und eine richtige Spielerin, die sie war, wog sie mit nachterem Verstand die Gewinn- und Verlustrechnungen nicht ab, sondern fragte die Karten um Rat. Wenn die Patienten ausgingen, machte sie das geplante Geschäft. Aber manchmal kam es anders, als die Karten prophezeit hatten. Und dann hieß es noch mehr zu wagen, um die Verluste wieder gut zu machen.

Wenn Frau Regierungsrat manchmal zerger hatte, so war er rein geschäftlicher Natur. Wegen Horstmanns machte sie sich keine Sorgen. Ihre Tochter hatte schon mehrmals an ihn geschrieben, nach dem Diktat ihrer Mutter, denn Anna war nicht dazu zu bewegen, eine eigene Zeile an ihren Mann zu richten. Auch mit Lotte sah sie Frau Düsbach eine rege Korrespondenz. Er schickte ihr sehr herzliche Nachrichten. Dann keiner Korrespondenz — schrieb er meistens — weil er bei Dokoren ebenfalls einlegte, ging alles

gut. Der Patient hatte zu ihm nach wie vor volles Vertrauen. Er besand sich im melancholischen Stadium, sah meistens auf einem Stiel und guckte Löcher in die Luft. An Ausreiken dachte er offenbar nicht.

In jeder Erwiderung schürfte Frau Düsbach dem Wärtter Nachjamkeit ein. Aber im Grunde fürchtete sie wenig Horstmanns Wiederkommen. Der Gedanke an ihn störte nicht ihren Schlaf, in dessen Träumen es nichts als den blassen Geisterreigen der Zahlen gab.

Ende September kehrten alle aus der Sommerfrische zurück. Anna hatte eine Zeit reinen Glüdes verlebt, ohne Schatten, ohne Sorge. Aber die alten Mergle begannen wieder, sobald sie zu Haus war, als wenn die Furcht an den Räumen selbst haftere. Lotte war von ihrer Großmutter etwas zahlmer heimgeführt. Aber die alte Ungezogenheit brach wieder aus, als sie Bert im Hause traf. Dieser amüsierte sich über ihr Benehmen und erklärte es als eine unbehilfliche Reuekung ihrer Verliebtheit. Eines Tages, wenn sie mit ihm allein war, würde sie ihm um den Hals fallen. Dergleichen war ihm schon öfter passiert.

Frau Horstmann machte jetzt noch mehr Aufwand als früher. Södon die Reise war sehr kostspielig geworden. Man war großartig aufgetreten, und Anna hatte nicht nur für ihre Schwester und deren Kinder, sondern, zum größten Teil wenigstens, auch für Bert mitbezahlt. Nach der Rückkehr war die Familie Dehwig wider ständig zu Gast im Haus. Alice verband den Neid auf ihre Schwester hinter einer kriechenden Freundlichkeit. Sie sprach alle Augenblicke von Annas kolossalem Reichtum: „Gott du halts ja! Was braucht du nach ein paar tausend Mark zu fragen...“ Zugleich klagte sie über ihre eigene Not. Dehwig war ein schlechter Reisender. Als Offizier a. D. mühte er natürlich immer eine gewisse Kobleffe bewahren, weswegen er mit seinen Kollegen nicht konkurrieren konnte. Nach solchen Redensarten borgte sie dann der Schwester immer ein paar hundert Mark ab. Der Hauptmann machte dasselbe Geschäft auf einen Schlag. Er forderte eines Tages von seiner Schwägerin zwanzigtausend Mark. Mit dem Obervormundschaftsgericht würde er sich schon auseinanderlegen. Als Sicherheit wollte er seine Lebensversicherungspolice geben. Anna war zuerst betroffen, aber schließlich gab sie nach.

Eines Morgens lag Frau Horstmann mit ihrer Mutter noch verspätet am Frühstückstisch. Lotte war schon in ihre Wäsche gegangen. Anna hatte nachdenklich den Kopf auf den Arm gestützt, sodak die schweren Cremespigen des Schlafrodes herunterfielen und das weiße Kleid des Unterarms sehen ließen. Ein Brief von Mewes war aus Reichenberg angekommen, der in ihr die Erinnerung an ihren Mann geweckt hatte. In düstere Ahnungen verlor, sagte sie:

„Eines Tages kommt er wieder... so sicher wie zwei mal zwei vier ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Die „Unabhängigen“ auf der Reise nach Moskau.

Der Parteitag der „Unabhängigen“ in Leipzig ist Sonnabend nachmittag zu Ende gegangen. Entgegen der uns Sonnabend früh vor Drucklegung des Blattes übermittelten Meldung, ist die Aussprache über die Internationale noch Freitag, kurz vor Mitternacht, geschlossen worden. In der ersten Stunde wurde die Abstimmung vorgenommen. Angesichts der Tragweite war sie eine namengebende. Die Resolutionen Stöcker, die sich für einen bedingungslosen Anschluss an die Moskauer Internationale aussprachen, wurde mit 170 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde mit 227 gegen 64 Stimmen, die Entschleunigung der Parteiführung und der Kontrollkommission, welche die Begründung einer neuen aktionsfähigen proletarischen Internationale durch Zusammenschluss der „Unabhängigen“ mit der dritten Internationale (Moskau) und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder fordert. Falls die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein sollten, mit in die Moskauer Internationale einzutreten, ist der Anschluss von der deutschen U. S. P. allein vorzunehmen.

Sonnabend verhandelte der Parteitag zunächst über die Gewerkschaftsfrage. Das Referat hat heute (Bremen): Da die Auseinandersetzungen darüber den ganzen Vormittag in Anspruch nahmen, machte der Vorsitzende Lipinski den Vorschlag, um nicht vor leeren Bänken wichtige Beschlüsse zu fassen, das Referat zur Gewerkschaftsfrage abzusehen, und sich damit zu begnügen, daß der Parteitag erklärt, es bestehe kein Anlaß, von der Stellungnahme des März-Parteitages in der Gewerkschaftsfrage abzugehen. In diesem Sinne wurde denn auch beschlossen. Darauf hielt Luise Zieg einen längeren Vortrag über ihre Anträge zur Sozialpolitik, was einen radikalen später zu dem Vorschlag wurde veranlaßt, daß der Parteitag es zwar abgelehnt habe, ein halbstündiges Referat Richard Müllers über die wichtige Gewerkschaftsfrage anzuhören, daß dagegen Frau Zieg ein Referat habe halten können, das über selbstverständliche allgemeine Meinungen nicht hinausgekommen sei.

Beschlossen wurde, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pfg., für weibliche auf 60 Pfg. zu erhöhen. Zum Schluß erfolgte die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zum Parteivorstand. Gewählt wurden zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten Crispian mit 268 und Däumig mit 151 Stimmen. Ledebour blieb mit 121 Stimmen im Hintertreffen. Zu Sekretären wurden wiedergewählt: Dittmann, Luise Zieg, Radtke, Könen (Halle) und Söder. Zu Beisitzern wurden gewählt: Dr. Moses, Frau Kemig, Adolf Hoffmann, Dr. Kurt Rosenfeld, Fritz Künzler. Nicht uninteressant verlief die Wahl für den Beirat. Es wurden gewählt: Braß, Bayer, Böttcher, Dittmann, Hente, Herzfeld und Kürbs. Die Gleicher (Dresden), Schädt und Sepp Dertler (Braunschweig) rasselten mit Pauken und Trompeten durch, daß sie den Radikalen noch nicht radikal genug sind, wie man auch schon bei der Wahl der Kontrollkommission Lipinski (Leipzig) hatte gründlich abfallen lassen, obwohl er auf dem Parteitage den Vorsitz geführt hatte. Gerade der Beirat zur Internationale und die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes zeigen an, daß unsere „Unabhängigen“ drauf und dran sind, mit fliegenden Fahnen ins bolschewistische Lager husschwenken. Die Reise geht nach Moskau. Die Ledebour, Lipinski und Gleicher, sowie das Braunschweiger politische Schakaleon, der alte Anarchist Sepp Dertler bleiben auf der Strecke liegen, weil sie den Anschluss verpaßt haben. Nicht ohne Interesse ist es auch, daß in die leitenden Instanzen durchweg „Bezeug“ gewählt worden sind, — der „schlichte Mann aus der Werkstatt“ steht ganz. Es wird also auch bei den „Unabhängigen“ mit Wasser gekocht. Zwischen ihren Worten und Taten klappt ein tiefer Biederdruck.

300 Namen auf der Auslieferungsliste.

Der „Progrès de Lyon“ meldet aus Paris, daß die internationale Kommission für die Auslieferungsfrage die Liste der auszuliefernden Militärpersonen nunmehr abgeschlossen habe. Die Zahl der Namen betrage 300. Gegen diese Personen soll das Gerichtsverfahren unabhängig gemacht werden. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt. Die Personen sollen einzeln und nicht in einem gemeinschaftlichen Prozeßverfahren zur Aburteilung gelangen.

Polnische Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Die französische Regierung scheint in der Zulassung freier polnischer Arbeiter doch ein Haar gefunden zu haben, denn sie verweigert, wie die „Münch. N. Z.“ erfahren haben wollen, 20 000 polnische Arbeiter durch Süddeutschland in das französische Wiederaufbaugesbiet zu befördern. Die Transporte über angeblich bereits begonnen. Die bayerische Eisenbahnverwaltung habe trotz der herrschenden Kohlennot und trotz der großen Belastung, die durch diese Transporte die bayerischen Eisenbahnen erleiden, eingewilligt, daß die polnischen Arbeiter den Weg über die böhmische Grenze nehmen. Die bayerische Regierung gebe sich dabei der Hoffnung hin, daß die Ankunft von 120 000 polnischen Arbeiter dazu beitragen werde, die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu beschleunigen.

Ein Demonstrationsstreik deutscher Kriegsgefangener in Frankreich.

Wie die „Frkf. Ztg.“ erzählt, hat eine eintägige Arbeitsstilllegung, von der die französische Presse keine Kenntnis haben durfte, der deutschen Kriegsgefangenen im Lager von Barle ville stattgefunden. Die „Frkf. Ztg.“ zweifelt nicht, daß dieses ein Demonstrationsstreik gewesen ist, dem die unabhängig Gesinnten in der ganzen Welt ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Der Zwischenfall im Nordostsekanal.

Ein deutscher Protest. Wegen der Durchfahrt des englischen Dampfers „Santa Lena“ durch den Nordostsekanal und des mehrfachen Einsatzes von Schusswaffen durch die Besatzung des Dampfers, die sich als Verletzung deutscher Hoheitsrechte und Waffenstillstandsvertrages darstellen, ist von der deutschen Regierung bei der internationalen Marinekommission (Panama) drücklich Einspruch erhoben worden. Ueber den Vorfall selbst wird noch mitgeteilt, daß die von dem englischen Kapitän unter Protest freigelassenen Gefangenen räumlich nach Vichy in das Durchgangslager gebracht wurden. Ungefähr 50 bis 100 Mann, und zwar alles weiblich, blieben auf dem Dampfer und sind Freitag nachmittag nach Danzig weitergefahren. Die militärische Besetzung des Kanals wurde sofort aufgehoben.

Ein Appell an die Menschlichkeit.

Holländischen Blättern zufolge haben die deutschen Gefangenen von der Scapa-Flow-Flotte, die noch immer im Carhall-Lager in Oswestry sich befinden, einen mit Maschinenschrift geschriebenen Aufruf verbreitet, in dem sie sich an das englische Volk wenden. Darin wird Einspruch gegen die „unmenschliche Behandlung“ erhoben. „Mitmenschen“, so heißt es, „helft uns. Bedenkt, daß jetzt Friede auf Erden ist. Laßt uns unser Vaterland, unsere Eltern, unsere Frauen und Kinder wiedersehen“.

Die Schweiz ist als deutsche Schutzmacht gebeten worden, Erkundigungen hinsichtlich der über die deutschen Scapa-Flow-Mannschaften verhängten Hungerstrafen einzuziehen. Bei dieser Gelegenheit darf wohl daran erinnert werden, daß noch immer insgesamt gegen 4000 deutsche Kriegsgefangene in England zurückgehalten werden.

Uebergriffe verprengter Baltikumtruppen in Westpreußen.

U. Danzig, 7. Dezember. In Westpreußen untergebrachte Baltikumtruppen, bestehend aus Teilen des Detachements Plehwe und anderen verprengten Detachements nehmen teilweise gegen die Regierung eine drohende Haltung ein. In einem Teil der westpreussischen Presse veröffentlichte sie eine Kundgebung, in der sie die Einwechslung des Vermondiabes verlangen. Eine Abgabe würde, erklärten sie, katastrophal sein.

Arbeiterbewegung.

Deutsches in einer englischen Gewerkschaft. Unter dieser Überschrift hatte kürzlich die „Holzarbeiter-Zeitung“ über einen eigenartigen Vorgang im englischen Möbelarbeiterverband berichtet. Drei deutsche Bildhauer, die vor dem Kriege dem Verbande angehört hatten, aber während des Krieges interniert worden waren, wurden von ihrem Zweigverein abgewiesen, als sie sich nach der Entlassung aus dem Internierungslager wieder anmelden wollten. Der Zweigverein des Verbandes stellte sich auf den Standpunkt, „daß die gegenwärtige Zeit für die Rückkehr dieser Ausländer nicht angenehm sei“, und daß „ihre Rückkehr eine Quelle der Reibungen sein würde“. Mit dieser Begründung erzwang er beim Vorstand des Verbandes eine Urabstimmung über die Frage, ob aus der Internierung entlassene Ausländer wieder als Mitglieder aufgenommen werden dürfen. Nunmehr liegt das Ergebnis der Urabstimmung vor. Die Beteiligung war sehr schwach. Von rund 20 000 Mitgliedern haben nur 2957 abgestimmt und davon stimmten 1650 für die Zulassung und 1307 dagegen. Der deutschfeindliche Antrag ist also abgelehnt. Inzwischen gibt es zu denken, daß er überhaupt gestellt werden konnte und daß er eine beachtenswerte Stimmenzahl auf sich vereinigte.

Reich und Ausland.

Feuer in der englischen Wollstadt in Berlin. Am Sonnabend kam in der englischen Wollstadt in der Wilhelmstraße in Berlin ein großes Feuer zum Ausbruch. Der Feuerwehrgelände nach mehrstündiger Tätigkeit des Feuers Herr zu werden. Personen sind nicht zuschaden gekommen. Die Wollstadt wird zurzeit nur von einem Kastellan bewacht. In einem Flügel hat die wiederländische Gefandtschaft Bureau.

Eine Mutter als Mörderin ihres Kindes. In Magdeburg ermordete die 36 Jahre alte Ehefrau Käthe Weimann ihre 11 Jahre alte Tochter durch Erhängen an der Türklinke. Die Leiche legte sie ins Bett und hat neben dieser eine Nacht geschlafen. Die Frau gibt an, sie habe die Absicht gehabt, ihrer Tochter in den Tod nachzusetzen, wenn diese beerdigt gewesen sei.

Mordprozess. Das außerordentliche Kriegsgericht in Mühlenterrasse verurteilte den Bergmann Johann Votten aus Bottrop, der am 11. Juli d. R. den Bergmann Emil Herzfeld durch Ermürgen ums Leben gebracht hat, zum Tode, und seine Geliebte, die Ehefrau Herzfeld wegen Beihilfe zu zehn Jahren, die Mutter zu sechs Jahren und den Anstreicher Lindmüller zu vier Jahren Zuchthaus.

Miesemöbelschmuggelungen nach Frankreich. Millionen-Durchsuchungen wurden bei der Zollverwaltung in Saargemünd aufgebracht. Bei einer anlässlich des Verschwindens eines Beamten angestellten Untersuchung kam heraus, daß seit langem deutsche Möbel in großen Transporten schiffbar nach Frankreich geschmuggelt worden waren. Bis jetzt steht die Beteiligung von 3-4 Beamten an den Schmuggelungen fest. In einem Falle wurden 8 Waggons Möbel unter Falschunterzeichnung eingeführt. Einer der Beteiligten wurde dieser Tage aus dem Bett heraus verhaftet, ein weiterer, der sich mit 300 000 Franken aus dem Staube gemacht hatte, wurde an der holländischen Grenze gefasst.

Kartoffelmücherei mit Zuchthaus bestraft. Nachdem das Sondergericht in Saargemünd zur Bekämpfung der Mücherei und Schieber vor kurzem einen Großhändler aus dem Bekleidungs-gewerbe wegen Mücherei zur Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt hatte, griff der Anlagerevertreter im Anschluß daran aus den Reihen der Bauern einige wegen Kartoffelmücherei heraus. Wegen erheblicher Ueberschreitung des Höchstpreises erzielten fünf Ackerer aus dem Dorfe Weierweiler (Kreis Metz) in ein Jahr Zuchthaus; einer wurde dem ordentlichen Gerichte überwiesen. In derselben Sitzung erzielte ein französischer Untertan, der Bergmann Lacour, der Pferde über die Reichsgrenze nach Wehrden geschmuggelt hatte, Freisprechung.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Firm“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. 6. Heft. (Einzelsaft 1 Mk. Im Abonnement 6 Hefte 5,50 Mk.) Verlag „Der Firm“, Berlin W. 62.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zur Wirtschaftsfrage der Orchestermitglieder des Vereins der Musikfreunde.

Es gab für die Musiker einmal recht trostlose Zeiten. Niemand hatte damals eine richtige Heimat; man war ja nur ein „fahrender Gesell“. Heute sind die Zeiten aber noch trauriger und trostloser; damals waren es Musikanten; heute verlangt man Künstler. Die Künstler, die Musiker, das ist ein Wörtchen, von dessen Wirtschaftsfrage die meisten Menschen nichts ahnen. Gar manchem ersten Musikfreund würde es bei vollständiger Klarlegung der Einzelheiten ergehen, wie jenem Europäer, der plötzlich von der Existenz der Tobas und Kurumbas im Nilgiri erfährt. Wir wollen uns aber auf einen ganz besonderen Fall und auf eine kleine Kolonie in Lübeck beschränken. Das Orchester des Vereins der Musikfreunde wurde vor nunmehr 22 Jahren gegründet. Damals wurden die guten Musiker der alten Stadtkapelle mit übernommen und auswärtige Kräfte wurden dazu engagiert. Die Musiker bekamen Gehälter von durchschnittlich monatlich 115 Mk., und man verlangte dafür die Ausübung der Sinfonie- und Volkskonzerte und der Theatermusik. Die Kunst begann unter der Ägide des Musikvereins emporzuklimmen zu jener Höhe, auf der sich augenblicklich die Leistungen bewegen. Alle Lübecker Bürger hatten teil an dem Guten, Wahren, Schönen. Damals vor 22 Jahren gab es unter den Musikern weitverbreitete Männer, die auf die Notwendigkeit der Gründung einer Altersversorgungsaufmerksamkeit machten. Allein ihre Mahnung wurde bestritten durch die vertrauensverweckende Rede eines Vorstandsmitgliedes, der alle diesbezüglichen Sorgen auf seinen eigenen Rücken nehmen wollte. Jahre hindurch dienten die Orchestermitglieder dem Verein nur in den Wintermonaten. Im Sommer wurden sie sich selbst überlassen, und bei der genannten Sage mußten sie unter unfreiwilligen, unbezahlten Ferien im Sommer ihr Domizil in allen möglichen Richtungen der Windrose aufsuchen. Im Jahre 1910 erst wurde das Orchester mit 39 Mann ganzjährig angestellt. 13 Mann Saison-Mitglieder mußten insofern das alle Schicksal weiter tragen. Für diese 39 Mann wurden Gagen gezahlt von monatlich durchschnittlich 135 Mk. Sie mußten die Kurmusik in Travemünde übernehmen. Im Winter 1914/15 wurden Gagen gezahlt von 110 Mk. für Ledige, 120 Mk. für Verheiratete. In den Kriegsjahren wurden die Verhältnisse in Travemünde immer unerträglicher. Bei einer Einnahme von durchschnittlich 145 bis 150 Mk. monatlich wurden Mieten und Lebensmittelpreise verlangt, die jeder Beschreibung spotteten. Die Saisonmitglieder aber hatten immer noch unbezahlte Zwangsferien und mußten die gleichen Preise in anderen Bädern bezahlen. Erst in diesem Jahre entschloß sich der Verein, diesen Mitgliedern wenigstens ein Wartegeld in Höhe von 100 Mk. für den Sommer zu zahlen. Unsere augenblicklichen Gehälter inklusive Feuerungszulagen datieren seit Juni 1919 und betragen dieselben: für Junggeheilen 352, 342 und 332 Mk., für Verheiratete 22,50 Mk. mehr. Jedes Kind erhält eine monatliche Feuerungszulage von 20 Mk. Den älteren Mitgliedern werden Dienstjahre angerechnet, sobald z. B. ein verheiratetes Mitglied mit 22 Dienstjahren, der Hornist ist, ein monatliches Einkommen von 297,50 Mk. erhält. Das Einkommen der jüngeren verheirateten Mitglieder beträgt pro Tag durchschnittlich 12 bis 12,50 Mk. Es ist nur allzu klar, daß damit heute ein Existenzminimum nicht erreicht wird. Man könnte einwenden: „Ach, die Herren geben ja Unterricht.“ Hiermit sei aber festgestellt, 1. daß nur ein Fünftel Unterricht geben kann, da niemand Pauken, Oboen, Klarinetten oder Tuba-Unterricht nehmen wird, 2. daß die beruflichen Ausgeber uns Ungescheure gestiegen sind. Die Kosten für Seiten, Rohre, Klappen zum Spielen oder Waschen betragen ungefähr, für den Monat berechnet, 30 Mk. Ferner sind die Musiker kontraktlich gezwungen, Fradanzung und Gehrock zu tragen. Dieselben sind neu zu beschaffen und zu erhalten sehr teuer, und die nötige Wäsche dazu ist auch sehr kostspielig. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge betragen monatlich auch mindestens 30 Mk., jedoch ein fünfjähriges Durchschnittsbedienstet verbleibt von Lage und Löhne 10 Mk. für den Verheirateten. Um aber ganz korrekt zu bleiben, sei auch das Einkommen eines Mitgliedes von 11-jähriger Mitgliedschaft mit einer fünfköpfigen Familie bekanntgegeben. Derselbe verdient nach Abzug der Versicherungsbeiträge pro Tag 15,15 Mk. Nun haben die Mitglieder des Orchesters, gezwungen durch die ungeheure Postace, eine Wirtschaftsbefehle verlangt. Die Anstaltsschöfde ist außerstande, zu zahlen. Da soll nun wieder der Staat eingreifen. Das dauert natürlich seine Zeit und Warten ist beim Hungern schwer. Es wird niemand hängen. Die Musiker waren entschlossen, in den Streik zu treten. Aber was ist damit erreicht? Ein Künstler ist kein Arbeiter in einem lebenswichtigen Industriezweig. Das große Volk hat bisher nicht genügend Anteil gehabt an der Kunst, und nun, wo man ihm die Pforten zum Tempel erschließt, ist es nur allzu begreiflich, daß das Verlangen nach nicht Bedürfnis geworden ist. Aber die Kunst muß sozial gelten als Bestimmung des tiefe Brat. Das eine ist nötig für den Körper, das andere für den Geist und für die Seele. Laßt unsere Kunst nicht verkümmern, vergeht die Musiker nicht! Auch sie wollen leben! Sie müssen leben. Sie haben eine Mission, die sie mit jeder Faser ihres Herzens ausüben. Die Frage der Verstaatlichung steht vor der Tür. Alle Bürger sollten einstimmig für das Orchester eintreten, und wollen sie es nicht verstaatlichen, dann sollten sie wenigstens dafür sorgen, daß eine Alters-, Witwen- und Waisenkasse gebildet wird. Die Musiker haben sich entschlossen, an ihren dienstfreien Tagen echte Volkskonzerte im Gewerkschaftshaus zu veranstalten, Konzerte, in welchen man in den Pausen gemächlich sein Bier trinken kann. Und diese Einnahmen sollen unangefastet in die Pensionskasse pilgern. Das wird zweifellos ein hoher Beitrag werden, und der Staat wird es mit der Uebernahme in seine Regie sehr einfach haben. Zum Schluß sei noch gesagt, daß sich die Gehälter der Musiker niemals höher bewegen werden, als es beim Verein der Musikfreunde möglich wäre. Wir wollen nur leben können, und das Recht wird uns der sparsame Finanzmann zubilligen müssen.

Im Namen des Orchesters des V. d. M.: Hermann Becker.

Drucksachen

jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannistr. 46.

<p>10. Dez.</p> <p>Zeichnungsstich der Spar-Prämienanleihe</p>	<p>bis 8. Jan.</p> <p>Einzahlung</p>	<p>1.-13. März</p> <p>Auszahlung der Stücke an den Zeichner</p>	<p>15. März</p> <p>Erste Gewinnziehung</p>
---	---	--	---

11137

